CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 1 | Januar 2025



Moin,

herzlich willkommen zu meinem Newsletter über das Januar-Plenum!

Hier informiere ich Sie über die aktuellen Themen rund um die Plenarsitzung im Niedersächsischen Landtag.

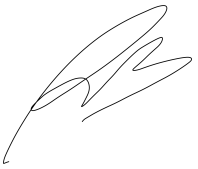
Niedersachsen steht vor großen Herausforderungen: Wohnungsnot, finanzielle Engpässe in unseren Krankenhäusern und die angespannte Lage unserer Gastronomiebetriebe - um nur ein paar der Themen zu nennen.

In diesem Newsletter erfahren Sie, wie wir uns als CDU-Fraktion für bezahlbaren Wohnraum, die finanzielle Unterstützung unserer Kliniken und die Entlastung der Gastronomie einsetzen. Zudem geht es um unsere Forderungen nach Bürokratieabbau und Investitionsförderung, um Niedersachsen wirtschaftlich zu stärken.

Lassen Sie uns gemeinsam anpacken und ein besseres Niedersachsen gestalten!

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Agenda 2030



Die wirtschaftliche Lage in Niedersachsen und Deutschland ist angespannt. Prognosen zeigen, dass das Bruttoinlandsprodukt in Niedersachsen 2025 erneut um 0,1 % schrumpfen wird, während die deutsche Wirtschaft insgesamt nur ein geringes Wachstum verzeichnet. Besonders energieintensive Branchen, die Automobilindustrie und selbst große Unternehmen wie VW stehen vor erheblichen Herausforderungen. Hohe Steuern, steigende Energiekosten und zunehmende Bürokratie erschweren Investitionen, Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit.
Vor diesem Hintergrund fordert der Niedersächsische Landtag eine Neuausrichtung der Wirtschaftspolitik. Zu den zentralen Maßnahmen gehören:

- Bürokratieabbau durch die Einführung einer „Gründerschutzzone“ und die konsequente Digitalisierung von Verwaltungsprozessen.
  Überprüfung und Anpassung der Förderprogramme.
- Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Förderung der Häfen.
  Steuerliche Entlastungen, darunter die Begrenzung der Sozialabgaben,

die Senkung der Stromsteuer und die Reduzierung der Einkommensteuer.
- Einführung einer digitalen Fachkräfteagentur sowie einer neuen Grundsicherung, die das Leistungsprinzip stärkt.

Niedersachsen hat enormes Potenzial: innovative Unternehmen, qualifizierte Fachkräfte und einen starken Mittelstand. Mit der richtigen Politik können wir den Standort nachhaltig stärken, Arbeitsplätze sichern und wieder an die Spitze aufschließen.

Antrag der CDU-Fraktion

Lücken im Bauplan der A39



Bei der Befragung des Ministerpräsidenten erkundigte sich mein Kollege Marcel Scharrelmann, wie Verkehrsvorhaben – wie beispielsweise die A39, deren Planfeststellungsbeschluss nach zwölf Jahren nun vorliegt – konkret beschleunigt werden sollen. Ministerpräsident Weil erklärte dazu, dass im Fall der A39 nun die Gerichte zuständig seien, um die Bauabschnitte zu prüfen und freizugeben. Damit entzieht er sich und seine Landesregierung der Verantwortung.
Außerdem fragte Herr Scharrelmann, wie die Differenzen zwischen SPD und Grünen in Bezug auf Infrastrukturprojekte gelöst werden können, ohne weitere Verzögerungen für Niedersachsen zu verursachen. Herr Weil verwies darauf, dass das geltende Recht in Niedersachsen von beiden Koalitionspartnern umgesetzt werde – trotz inhaltlicher Meinungsverschiedenheiten.
Insgesamt macht Ministerpräsident Weil deutlich, dass er und seine Landesregierung keine politische Verantwortung für den Bau großer Infrastrukturprojekte in Niedersachsen übernehmen.

Livestream der Ministerpräsidentenbefragung - Tagesordnungspunkt 35

Notruf aus den Kliniken



Die finanzielle Lage vieler Krankenhäuser in Niedersachsen ist dramatisch. Trotz der Ankündigung des Niedersächsischen Gesundheitsministers, 300 Millionen Euro bereitzustellen, fehlen konkrete Maßnahmen. Besonders kommunale Träger geraten durch hohe Defizitausgleiche an ihre finanziellen Grenzen.

Ein Beispiel ist das **Städtische Klinikum Lüneburg**, das als eines der wenigen kommunalen Krankenhäuser bislang ohne Finanzhilfe auskam. Doch 2024 wird es ohne Kredite nicht mehr möglich sein, die Kosten zu decken. Monatlich gehen sechsstellige Beträge an Liquidität verloren, und Leistungsangebote mussten bereits reduziert werden. Ein Defizitausgleich würde zulasten anderer kommunaler Aufgaben wie Bildung und Kultur gehen.

Das kürzlich beschlossene Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) bringt keine Entlastung und ignoriert die inflationsbedingten Kostensteigerungen. Ohne Überbrückungshilfen drohen Klinikschließungen oder eine Überlastung der kommunalen Haushalte – mit gravierenden Folgen für die Gesundheitsversorgung.

Die CDU-Fraktion fordert daher:

- Eine Sonderzahlung des Landes in Höhe von 300 Millionen Euro zur Inflationskompensation.
- Einen schnellen, unbürokratischen Verteilungsplan.
- Entschlossenes Handeln des Bundes zur Sicherung der Krankenhauszukunft.

Das Land Niedersachsen hat dem KHVVG im Bundesrat zugestimmt und steht nun in der Verantwortung, die finanzielle Umsetzung sicherzustellen. Ohne rasches Eingreifen droht eine Verschärfung der Krise – mit fatalen Folgen für Patienten, Beschäftigte und Kommunen.

Antrag der CDU-Fraktion



7% Mehrwertsteuer erhalten

Die niedersächsische Gastronomie steht vor einer existenziellen Krise. Steigende Energie- und Lebensmittelpreise, höhere Lohnkosten und sinkende Gästezahlen setzen viele Betriebe massiv unter Druck. Die Rückkehr zur 19 % Mehrwertsteuer auf Speisen ab 2024 verschärft die Lage zusätzlich. Für einen mittelgroßen Betrieb mit einem Speisenanteil von 65 Prozent bedeutet dies einen Mehraufwand von fast 40.000 Euro. Dies führt zu ausbleibenden Investitionen, Arbeitsplatzverlusten und einer weiteren Schwächung der Innenstädte und den ländlichen Raum.

Die CDU-Fraktion hat daher einen Antrag im Niedersächsischen Landtag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, sich im Bundesrat für die dauerhafte Beibehaltung der 7 % Mehrwertsteuer einzusetzen. Doch Rot-Grün lehnte diesen Vorschlag ab – ohne eigene Alternative.

Noch 2021 versprach Bundeskanzler Olaf Scholz, die reduzierte Mehrwertsteuer beizubehalten. Nun hält sich die Bundesregierung nicht an ihr Wort, während die Landesregierung tatenlos zusieht. Doch wir müssen jetzt handeln, um die Gastronomie in Niedersachsen und damit auch in unserer Region zu retten!

Antrag der CDU-Fraktion



Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen

Die zunehmenden Aufstiegschancen und das verstärkte Streben nach Abitur und Studium haben die „gläserne Decke“ der Bildung durchbrochen – eine positive Entwicklung. Gleichzeitig stehen Industrie und Handwerk vor großen Nachwuchsproblemen. Viele junge Menschen sind durch die Vielfalt der Ausbildungs- und Studienmöglichkeiten zunehmend herausgefordert, ihren individuellen Weg zu finden.

Wir als CDU-Fraktion setzen uns daher für eine gezielte und frühzeitige Berufsorientierung ab der 9. Klasse ein. Mit einem umfassenden Maßnahmenpaket soll eine klare und praxisnahe Unterstützung gewährleistet werden. Zentral ist dabei die Zusammenarbeit mit den Jugendlichen: Durch Potenzialanalysen sollen ihre Stärken erkannt und darauf aufbauend individuelle Berufsberatungen ermöglicht werden. So schaffen wir Orientierung und sichern gleichzeitig die Zukunft unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft.

Antrag der CDU-Fraktion

Aus dem Ausschuss



Gewalt und Extremismus an Schulen

Gewalt und Extremismus an Schulen darf nicht dem Zufall überlassen werden! Doch in Niedersachsen fehlt seit über einem Jahr ein gültiger Erlass zur Gewaltprävention – eine gefährliche Entwicklung, die nicht nur die Sicherheit von Schülerinnen und Schülern, sondern auch die demokratischen Werte unserer Gesellschaft bedroht. Trotz mehrfacher Forderungen hat das Kultusministerium bisher keine klare Strategie vorgelegt und konnte im heutigen Ausschuss nicht einmal sagen, wann mit einem neuen Erlass zu rechnen ist. Stattdessen verweist es lediglich auf eine „übliche Praxis“ – eine unzureichende Antwort angesichts der wachsenden Herausforderungen.

Die CDU-Fraktion setzt sich seit langem für eine konsequente Erfassung und Meldung von Vorfällen wie Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus an Schulen ein. Bereits im Dezember 2023 wurde beantragt, eine verbindliche Meldepflicht einzuführen. Doch auch ein Jahr später bleibt das Ministerium untätig.

Die Lage an den Schulen erfordert entschlossenes Handeln. Statt abzuwarten, braucht es klare Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Gewalt und Extremismus. Schulen sind Orte der Bildung und der Demokratie – sie müssen geschützt werden. Die CDU-Fraktion fordert daher weiterhin einen verbindlichen Erlass und eine klare Strategie, um dieser Bedrohung wirkungsvoll entgegenzutreten.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von André Bock



- seit 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Innenpolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Sport und Inneres
- stellv. Mitglied im Unterausschuss für Verfassungsschutz und im Kultusausschuss
- Mitglied in den Arbeitskreisen Wissenschaft und Kultur, sowie Inneres und Sport

Als innenpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion bin ich viel in Niedersachsen unterwegs. Dabei begegnen mir viele Fragen mit Themen, die die Bürgerinnen und Bürger umtreiben.

Wir haben mit der organisierten Kriminalität in Niedersachsen ein ernstes Problem. Was will die Politik unternehmen?
Die organisierte Kriminalität ist eine ernsthafte Gefahr für unseren Rechtsstaat. Wir müssen alles tun, um das Gewinn- und Machtstreben dieser Banden, die vor allem im Rauschgifthandel, aber auch in der Wirtschafts- und Schleusungskriminalität tätig sind, zu stoppen.
Strafverfolgungsbehörden können nur erfolgreich sein, wenn sie frühzeitig wissen, was die Banden vorhaben. Umso wichtiger ist es, dass wir der Polizei und Justiz modernste Ermittlungsbefugnisse – wie die Online-Durchsuchung oder die Vorratsdatenspeicherung – an die Hand geben. Bei der Vorratsdatenspeicherung steht die noch amtierende Bundesregierung seit Jahren auf der Bremse, obwohl auch die niedersächsische Innenministerin, Frau Behrens, und die Justizministerin, Frau Wahlmann, dieses Ermittlungsinstrument als unbedingt notwendig ansehen. Die Landesregierung hat es bisher aber versäumt, hier über den Bundesrat Druck auf die Berliner Regierung auszuüben. Um die organisierte Kriminalität in Niedersachsen noch besser und frühzeitiger ins Visier nehmen zu können, muss zukünftig auch die Beobachtung durch den Verfassungsschutz möglich sein. Die CDU-Fraktion hat eine entsprechende Änderung des Verfassungsschutzes vorgeschlagen. Zusätzlich fordern wir eine Spezialkammer an einem Gericht in Niedersachsen, welche sich ausschließlich mit der Organisierten Kriminalität befasst.

Die Gewalt an Schulen nimmt zu. Nicht nur in der Schülerschaft, sondern auch gegenüber Lehrkräften. Was fordert die CDU für einen besseren Schutz?
Laut Landeskriminalamt Niedersachsen sind im Jahr 2023 insgesamt 5.053 Straftaten im Zusammenhang mit Schulen registriert worden. Die Zahl der Fälle von Körperverletzung und Raub hat im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zugenommen. Wir wollen prüfen, wie die Zusammenarbeit zwischen den Schulen, der Polizei und der Justiz angesichts der Entwicklungen neu organisiert werden kann und muss. Insbesondere an Brennpunktschulen müssen Maßnahmen geschaffen werden, um die Sicherheit nachhaltig gewährleisten zu können. Ein erster Schritt wäre auch, dass das Land mehr Schulsozialarbeit zur Verfügung stellt. Eine wichtige präventive Maßnahme ist, Ansprechpartner in jeder Schule zu haben, gerade für auffällige Kinder. Aber auch die Eltern müssen mehr einbezogen werden. Nordrhein-Westfalen verfolgt z.B. mit dem Programm „Kurve kriegen“ den Ansatz, sofort bei der ersten Straftat eines Kindes mit Polizei und Sozialpädagogen in die Familien zu gehen und Hilfe anzubieten. Auch andere Bundesländer sind hier besser aufgestellt als Niedersachen. Wir wollen, dass Niedersachsen besser wird.

Was können die Kommunen vor Ort für mehr Sicherheit tun, Stichwort kommunaler Ordnungsdienst oder Videoüberwachung?
Was z.B. Ordnungsdienste bzw. den Ausbau von Personal in den Ordnungsämtern der Städte und Gemeinden angeht, ist natürlich die Entscheidung der Kommune vor Ort. Gleichwohl kann ein Ordnungsdienst zum einen die gefühlte Sicherheit der Bürgerschaft verbessern, aber auch gerade die Polizei entlasten, die somit wiederum mehr Kapazitäten für den Einsatz- und Streifendienst hätte. Das Land könnte hier den Kommunen mit finanziellen Anreizen den Auf- oder Ausbau von Ordnungsdiensten erleichtern.
Zur Videoüberwachung und auch Einsatz von Künstlicher Intelligenz haben wird als CDU-Fraktion Ende 2024 eine Änderung zum Polizei- und Ordnungsgesetz eingebracht. Wir wollen mehr und effektivere Videoüberwachung ermöglichen. Es geht nämlich nicht darum, dass der Staat Daten sammeln will, wir wollen das Verbrechen verhindert und Straftaten besser aufgeklärt werden können. Somit könnten auch gerade Innenstädte, sensible Plätze in Kommunen sicherer werden.
Ein sicheres Niedersachsen ist machbar!

Ihr André Bock

Mehr zu André Bock

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

---

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 2 | Februar 2025



Moin,

herzlich willkommen zu meinem Plenum-Newsletter im Februar!

Ein **intensiver Wahlkampf** liegt hinter uns – Wochen voller **Gespräche und Diskussionen**. Nun liegt der **Regierungsauftrag bei uns**. Dieses Wahlergebnis ist kein Selbstläufer, sondern ein **klarer Auftrag**: Wir müssen zeigen, dass wir die **richtigen Antworten** auf die Herausforderungen unserer Zeit haben.
Gleichzeitig sind wir mit einer **geopolitischen Realität** konfrontiert, die uns alle betrifft. Der **russische Angriffskrieg gegen die Ukraine** dauert an, die Bilder der **Zerstörung reißen nicht ab**. Dieser Krieg ist nicht nur eine Tragödie für die Ukraine, sondern auch eine **Bewährungsprobe für Europa und die NATO**. Unsere **europäische Solidarität darf nicht nachlassen** –

gerade in unsicheren Zeiten. Ich glaube fest daran, dass **Friedrich Merz der richtige Kanzler für den europäischen und NATO-Zusammenhalt ist**.
Auch im Landtag standen entscheidende Themen auf der Tagesordnung:

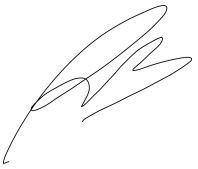
- Investitionen in den ländlichen Raum, um sichere und gut befahrbare Straßen zu gewährleisten
- Europäische Zusammenarbeit in Niedersachsen stärken, um Wirtschaft und Gesellschaft zu fördern
- Gewalt an Schulen bekämpfen
- Sprachförderung verbessern
- Kinder besser vor Missbrauch schützen

Die **CDU setzt sich für klare Maßnahmen und besseren Schutz ein**.
Darüber informiere ich Sie in den folgenden Beiträgen!

Besonderes Highlight am Ende des Newsletters: Der Gastbeitrag meines Fraktionskollegen **Lukas Reinken** zum Thema **"Erwachsenen- und Weiterbildung als Schlüssel für das lebenslange Lernen"**.

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Europa vor unserer Haustür



Wir haben zugestimmt: Stillstand können wir uns in Niedersachsen nicht leisten – weder in **Lüneburg, im Harz noch an der Küste**. Doch genau das droht, wenn dringend benötigte **EU-Fördermittel nicht bei den Menschen und Projekten vor Ort ankommen**.
Die **CDU-Fraktion** hat deshalb klare Forderungen gestellt: **Verfahren vereinfachen, Förderkriterien anpassen und Antragsteller besser unterstützen**. Der Druck hat gewirkt – **SPD und Grüne haben unsere Vorschläge in ihren Antrag übernommen**. Das ist ein Erfolg für Niedersachsen! Wir konnten daher zustimmen!
Besonders in **Lüneburg** müssen die Abläufe verbessert werden, damit Fördermittel schneller genutzt werden können. Jetzt gilt es, dran zu bleiben und sicherzustellen, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird.

Angenommenere Antrag von Rot-Grün

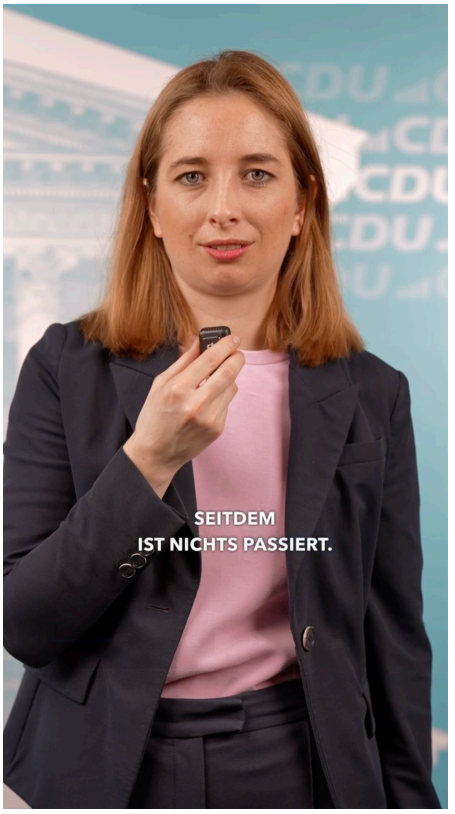
Neue Impulse für die frühkindliche Sprachförderung

Um jedem Kind dieselben **Startchancen bei der Bildungsreise** zu ermöglichen, wollen wir als CDU-Fraktion die frühkindliche Bildung in Niedersachsen stärken. Dafür wollen wir **alle Kinder** bereits im vorletzten Kindergartenjahr durch **verpflichtende Sprachtests** erreichen. Dies soll losgelöst sein von einem Besuch des Kindergartens. So können wir frühzeitig feststellen, wer zusätzliche Unterstützung benötigt. Für Kinder mit erheblichem Förderbedarf planen wir verpflichtende Sprachprogramme im Umfang von 240 Stunden im letzten Jahr vor der Einschulung. Dabei wollen wir die **Zusammenarbeit zwischen Kitas und Grundschulen intensivieren und**

die Sprachförderung finanziell stärker unterstützen. Dieser Antrag wurde zur Beratung in den Ausschuss überwiesen.

Antrag der CDU-Fraktion

Gewalt an unseren Schulen



Die Gewalt an unseren Schulen ist **sichtbar** – doch das Kultusministerium bleibt untätig. **Seit über einem Jahr gibt es keinen gültigen Erlass zur Sicherheits- und Gewaltprävention.** Das bedeutet: Lehrkräfte, Schulleitungen und Schüler stehen ohne klare Vorgaben da. Sie werden mit Mobbing, Bedrohungen und Extremismus allein gelassen.
Die CDU-Fraktion hat bereits im Dezember 2023 gefordert, dass Vorfälle von Rechtsextremismus, Linksextremismus, Islamismus und Antisemitismus an Schulen besser erfasst werden. Denn nur wenn wir genau wissen, wo die Probleme liegen, können wir gezielt handeln. Doch das **Kultusministerium verschleppt das Thema** – bis heute gibt es keine Lösung!
Unsere **Schulen brauchen klare Regeln, mehr Personal und wirksame Maßnahmen gegen Gewalt.** Die Kultusministerin muss jetzt handeln – nicht irgendwann!

Kleine Anfrage der CDU-Fraktion

Mehr Schutz für Opfer von Kindermissbrauch

Der Schutz von Kindern muss oberste Priorität haben. Doch die Realität ist erschreckend: Jedes Jahr werden tausende Fälle von Kindesmissbrauch und Kinderpornografie bekannt, während viele Täter unerkannt bleiben. Noch schlimmer ist, dass belastende Bilder und Videos nicht aus dem Internet verschwinden. **Für die Opfer bedeutet das ständiges Wiedererleben ihres Leids.**

Das darf nicht so bleiben. **Als CDU fordern wir entschlossenes Handeln des Landes Niedersachsen gegen die Verbreitung dieser abscheulichen Inhalte.** Die Polizei muss aktiv löschen, eine Zentralstelle zur Bekämpfung von Kinderpornografie einrichten und moderne Technologien wie künstliche Intelligenz nutzen, um Täter schneller zu identifizieren. Zudem ist eine dreimonatige Vorratsdatenspeicherung notwendig, um Ermittlungen zu erleichtern.

Es ist inakzeptabel, wenn investigative Journalisten wie das Recherchenetzwerk "Panorama und STRG_F" mehr erreichen als staatliche Behörden. Der Schutz von Kindern darf nicht an Bürokratie scheitern – konsequentes und schnelles Handeln ist erforderlich. Wir werden nicht nachlassen, denn das Internet darf kein Rückzugsort für Täter sein.

Antrag der CDU-Fraktion



Ländlichen Wegebau neu gestalten

Unsere Dörfer und Regionen brauchen gut ausgebaute Wege – für die Landwirtschaft, den Tourismus und die tägliche Mobilität. Doch viele Feld- und Forstwege sind in einem schlechten Zustand. Landwirte, Forstwirte und Radfahrer stehen vor großen Herausforderungen, weil Straßen und Wege oft kaum noch nutzbar sind.
Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb ein **Sofortprogramm über 10 Millionen Euro** gefordert, um den Wegebau im ländlichen Raum schnell voranzubringen. Doch **Rot-Grün hat diesen Antrag abgelehnt**. Das ist ein herber Rückschlag für viele Kommunen, die dringend Unterstützung brauchen. Niedersachsen hat keine eigene Wegebauförderung mehr – und das ist ein großes Problem. Viele Gemeinden können ihre Straßen und Wege ohne finanzielle Hilfe nicht instand halten. Wir setzen uns deshalb nicht nur für ein schnelles Hilfspaket ein, sondern auch für eine **langfristige Förderung**, die steigende Baukosten und die Bedürfnisse vor Ort berücksichtigt.
Ohne gute Wege bleibt der ländliche Raum auf der Strecke – das dürfen wir nicht zulassen!

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Lukas Reinken



- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- jugendpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
- Mitglied im Kultusausschuss und Ausschuss für Wirtschaft und Kultur

Erwachsenen- und Weiterbildung als Schlüssel für das lebenslange Lernen

In einer sich rasant wandelnden Arbeitswelt ist Weiterbildung kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit. Die Digitalisierung, der technologische Fortschritt und der demografische Wandel stellen unsere Gesellschaft vor Herausforderungen, die nur mit einer starken Weiterbildungskultur zu bewältigen sind. Es reicht nicht mehr, einmal einen Beruf zu erlernen und darin bis zur Rente zu arbeiten – lebenslanges Lernen ist der Schlüssel zur individuellen beruflichen Sicherheit und zur wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes.
Damit ist die vierte Säule des Bildungssystems eine wichtige gesellschaftliche Säule. Wir wollen diesen Sektor stärken und als gleichberechtigten Bestandteil des Bildungswesens festzuschreiben und allen Menschen – unabhängig von Alter, Herkunft oder beruflichem Hintergrund – den Zugang zu lebenslangem Lernen zu erleichtern.

Weiterbildung als eigenständiger Teil des Bildungssystems

Mit unserem Gesetzentwurf setzen wir ein klares Signal: Weiterbildung darf nicht länger als nachrangiges Angebot betrachtet werden, sondern muss gleichwertig neben Schule, Hochschule und Berufsausbildung stehen. Deshalb wollen wir die Niedersächsische Verfassung ändern und dort das Recht auf Weiterbildung explizit verankern. So machen wir deutlich, dass lebenslanges Lernen ein zentrales Bildungsziel unseres Landes ist. Viele Bundesländer haben die Weiterbildung bereits in ihrer Verfassung verankert. So würden auch künftige Landesregierung an ihren Auftrag erinnert werden.

Ein Innovationsfonds für zukunftsfähige Bildungsangebote

Damit Weiterbildung in Niedersachsen nicht nur ein schönes politisches Bekenntnis bleibt, sondern konkret vor Ort gefördert wird, wollen wir einen **Innovationsfonds für Weiterbildung** einführen. Mit diesem Fonds unterstützen wir gezielt Projekte, die neue Wege in der Erwachsenenbildung gehen – von digitalen Lernangeboten über aufsuchende Bildungsarbeit bis hin zu Kooperationen zwischen verschiedenen Trägern. Jährlich sollen hierfür Mittel bereitgestellt werden, um innovative Bildungsangebote zu ermöglichen, die besonders benachteiligte Gruppen erreichen oder auf technologische Entwicklungen reagieren.

Weiterbildung als Schlüssel zur wirtschaftlichen Zukunft

Unser Gesetzentwurf ist nicht nur ein bildungspolitisches Projekt, sondern auch eine wirtschaftspolitische Notwendigkeit. Unternehmen in Niedersachsen brauchen gut qualifizierte Fachkräfte, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Weiterbildung sichert Arbeitsplätze, erleichtert berufliche Neuorientierung und hilft dabei, Menschen wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels müssen wir Weiterbildung als zentrales Instrument der Wirtschaftspolitik begreifen.

Die Träger der Erwachsenenbildung als starker Partner für unser Land

Die Volkshochschulen, Heimvolkshochschulen und Landeseinrichtungen der Erwachsenenbildung stehen für eine vielfältige Bildungslandschaft im ganzen Land. Wir wollen sie daher weiter stärken und werden uns in kommenden Haushaltsberatungen weiter dafür einsetzen, dass die Kostenspirale für diese Einrichtungen aufgefangen werden. Eine starke

Erwachsenenbildungslandschaft sorgt für Bildungschancen und eine starke Zivilgesellschaft.

Mehr zu Lukas Reinken

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 3 | März 2025



Moin,

Diese Plenarwoche war **intensiv.** Es ging unter anderem um den Schutz für unsere Kinder, Wertschätzung für unsere Kultur, mehr Tempo beim Bauen – und um Rückhalt für unsere Bundeswehr.
Themen, die zeigen: **Politik muss Halt geben, Freiheit sichern und Zukunft ermöglichen** – mit klarer Haltung und einem offenen Ohr für das, was Menschen bewegt.
Ich nehme Sie mit – zurück auf das, was war und nach vorne auf das, was kommt.

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre

Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Stärkung unserer Bundeswehr



Die **sicherheitspolitische Lage ist angespannt** – der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, geopolitische Krisen und hybride Bedrohungen zeigen: Unsere Freiheit ist verletzlich. Deshalb braucht Deutschland eine **starke Verteidigung** – und **Niedersachsen** muss dabei eine **aktive Rolle** übernehmen.
Bei unserer Fraktionssitzung in der Von-Düring-Kaserne in Rotenburg (Wümme) wurde erneut deutlich, was es dafür braucht: verlässliche politische Rückendeckung, schnelle Entscheidungen und den Mut, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Wir haben mit Soldatinnen und Soldaten gesprochen, ihre Sorgen gehört – aber auch ihren unermüdlichen Einsatz erlebt. Klar ist: Wer für uns bereit ist, das Äußerste zu geben, darf **keine leeren Versprechen** bekommen.
Genau deshalb haben wir als CDU-Landtagsfraktion ein Gesetz auf den Weg gebracht, das die Bundeswehr in Niedersachsen stärkt – konkret, wirksam und zukunftsgerichtet.
Sicherheit beginnt nicht erst an den Außengrenzen. Sie **beginnt hier bei uns** – in den Schulen, an Hochschulen und in den Rathäusern. Die Bundeswehr wird gleichberechtigter Partner bei der Berufsorientierung junger Menschen. Und: Hochschulen werden verpflichtet, bei sicherheitsrelevanter Forschung mit der Bundeswehr zu kooperieren. Die sogenannte „**Zivilklausel“ wird**

abgeschafft – denn Forschung darf nicht durch Ideologie begrenzt werden, wenn sie uns schützt.
Auch die Infrastruktur unserer Truppenstandorte muss schneller ertüchtigt werden. Dafür sorgen wir mit vereinfachten Verfahren im Bau- und Denkmalschutzrecht – ohne Qualitätsverlust, aber mit dem klaren Ziel: mehr Geschwindigkeit. Zudem werden **militärische Belange** künftig als „**überragendes öffentliches Interesse“** in der Raumplanung verankert.
Lüneburg steht seit Jahrzehnten an der Seite der Bundeswehr – als Standort, als Arbeitgeber, als Gemeinschaft. Dieses Gesetz ist deshalb auch ein Zeichen für die Menschen in Uniform hier bei uns vor Ort. Niedersachsen darf nicht nur Zuschauer sein. **Wir wollen mitgestalten** – für ein Land, das seine Freiheit verteidigt. Mit klugen Köpfen, starker Bildung, moderner Forschung und politischem Rückgrat.

Gesetzesentwurf der CDU-Fraktion

Es geht um die Kartoffel



Schilf-Glasflügelzikanen breiten sich auch in Niedersachsen aus – mit Folgen für unsere Landwirtschaft. **Besonders bedroht:** Kartoffeln, Rüben, Möhren, Rote Bete und Zwiebeln. Ein flächendeckender Befall ist laut Landesregierung nicht auszuschließen. **Eine Schadensabschätzung? Fehlanzeige.**
Für mich ist klar - **Wir müssen jetzt handeln:**
- Notfallzulassungen für Pflanzenschutz
- Forschung zu resistenten Sorten
- Starker politischer Einsatz für unsere Anbauregionen.

Insbesondere die **Kartoffel ist ein Aushängeschild unserer Region** und sie soll auch morgen noch auf unseren Feldern wachsen.

Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion

Opferschutz im Netz

Bei der Aufklärung schwerster Straftaten wie sexuellem Missbrauch an Kindern stoßen die Ermittlungsbehörden in Niedersachsen immer wieder an ihre Grenzen. Ein zentraler Grund dafür: **Die IP-Adressen**, die zur Identifikation der Täter notwendig wären, **stehen nicht mehr zur Verfügung.** Die Daten werden gelöscht, bevor Ermittlungen überhaupt beginnen können.
Als CDU-Fraktion haben wir deshalb im Niedersächsischen Landtag eine Bundesratsinitiative für eine gezielte und rechtssichere Vorratsdatenspeicherung von IP-Adressen gefordert.
Es geht uns dabei nicht um flächendeckende Überwachung oder um anlasslose Datenspeicherung. Es geht darum, **Ermittlungen dort zu ermöglichen,** wo Kinder Schutz brauchen und **Täter zur Rechenschaft gezogen werden** müssen.
Der **Europäische Gerichtshof** hat die **rechtlichen Möglichkeiten dafür geschaffen**. Nun liegt es an uns, sie konsequent und verantwortungsvoll zu nutzen. **Unser Antrag wurde abgelehnt.**

Antrag der CDU-Fraktion

Planungssicherheit für unsere Kulturschaffenden



Zwei Jahre nach Inkrafttreten des Kulturfördergesetzes bleibt die Umsetzung durch Rot-Grün bislang aus. **Die Bühne steht – aber niemand spielt.** Auch unsere Region wird durch Kultur gestärkt und zieht Gäste an.
Ob Theater, Museen, Musikschulen oder die freie Szene – **Lüneburg zeigt, wie Kultur gelebt wird.** Doch während Kulturschaffende vor Ort mit Leidenschaft und Kreativität wirken, **fehlt aus dem Ministerium jede**

Unterstützung. Der gesetzliche Rahmen allein reicht nicht – es braucht politischen Willen und konkrete Maßnahmen.
Die CDU-Landtagsfraktion fordert deshalb, dass der jährliche Kulturförderbericht, eine **unabhängige Kulturkommission** und die echte Beteiligung der Kulturszene endlich umgesetzt werden.

Antrag der CDU-Fraktion

Weniger Hürden, mehr Häuser



Niedersachsen braucht dringend ein Bauordnungsrecht, das den Weg für **schnelleres, einfacheres und kostengünstigeres Bauen** frei macht. Mit einem Entschließungsantrag zur Novellierung der Niedersächsischen Bauordnung bringt die CDU-Landtagsfraktion **zwölf konkrete Vorschläge** ein. Ziel ist der Abbau überflüssiger Bürokratie, klare Regeln bei Rettungswegen, mehr Freiheit bei Stellplatzsatzungen und ein **realistischer Umgang mit der Photovoltaikpflicht.** Insbesondere kleine Bauherren, Kommunen und Handwerksbetriebe sollen spürbar entlastet werden.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Christian Calderone MdL



- seit 2013 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen
- Unterausschuss für "Justizvollzug und Straffälligenhilfe"
- Datenschutzkommission

Unsere deutsches Verhältnis zum Staat Israel - eine reine historische Definition wird nicht ausreichen

Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion die Unabhängigkeit Israels aus. Der neue Staat ging aus einem Teil des britischen Mandatsgebietes hervor und basierte auf einem Beschluss der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Fast exakt ein Jahr später, am 23. Mai 1949, verkündete Konrad Adenauer das Grundgesetz und erklärte damit, dass die Bundesrepublik Deutschland in die Geschichte eintreten wird. Diese beiden Staatsgründungen des Staates Israel und der Bundesrepublik Deutschland liegen nicht durch Zufall in enger zeitlicher Nähe. Sie sind auch historisch und faktisch eng miteinander verknüpft. Denn der israelische Staat ist auch auf dem Menschheitsverbrechen des Holocaust gegründet, die deutsche Bundesrepublik auch auf den Trümmern von Diktatur und Zweitem Weltkrieg. Damit verbindet die Staatsgründungen Deutschlands und Israels eine gemeinsame Geschichte: Schließlich waren unter den Staatsgründern Israels die Überlebenden der Todeslager und die Vertriebenen aus den Ghettos. Aber diese waren eben nicht nur Opfer, sondern insbesondere Europäer. Menschen also, die wie wir eine europäische Geschichte von Revolution, Reformation und Aufklärung erlebt haben. Im deutschen Verhältnis zu Israel wird stets die besondere Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel betont. Sie existiert. Ohne Zweifel und auf Dauer. Die Verbindung Israels mit Deutschland und Europa aber ist viel tiefgehender – sie basiert auf der deutschen Schande des Holocaust. Sie basiert darüber hinaus auf Jahrhunderten gemeinsamer Geschichte und eines gemeinsamen Ringens um Freiheit. Und diese manifestiert sich auch darin, dass bereits 1926 in Berlin das „Deutsche Komitee Pro Palästina“ ins Leben gerufen wurde, welches die Gründung eines jüdischen Staates in der deutschen Öffentlichkeit positiv vertreten wollte. (Seinerzeit bezeichnete der Begriff „Palästina“ richtigerweise eine Region, der Mythos eines „palästinensischen Volkes“ war noch nicht erfunden.) Deutsche

und Europäer verbindet mit der Staatsgründung des Staates Israel viel mehr, als ein Rückblick auf den Nationalsozialismus und auf die Diktatur und auf die Schande des Holocaust. Uns verbinden eine gemeinsame Geschichte, eine gemeinsame Kulturgeschichte, eine gemeinsame Geschichte der Freiheit, gemeinsame Werte und der gemeinsame Wille, dem jüdischen Volk im Land Israel eine Heimat zu schaffen. Und diese Gemeinsamkeiten existieren länger als die gemeinsame Erinnerung an den Holocaust. Was für ein Glück!

Mehr zu Christian Calderone

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU

ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 4 | Mai 2025

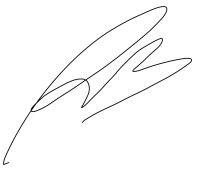


Moin,

Im Mai-Plenum standen Themen auf der Tagesordnung, die zeigen, wo es bei uns klemmt – und wo wir als CDU-Fraktion **den Finger in die Wunde legen:** Der Notruf aus den Kliniken ist ein Hilferuf, den wir nicht überhören dürfen. Unsere Polizei braucht Rückhalt, nicht leere Worte. Und Kinder brauchen sichere Schwimmangebote – auch dort, wo es kein Schwimmbad mehr gibt. Und dann stand der Regierungswechsel an: Ministerpräsident Stephan Weil ist zurückgetreten und Olaf Lies ist nun sein Nachfolger. Doch dieser Wechsel ist kein Aufbruch, sondern ein Weiter-so mit neuem Namen. Die Konflikte innerhalb der rot-grünen Koalition bleiben ungelöst – beim Thema Infrastruktur genauso wie in vielen anderen Bereichen.

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Wahl des Ministerpräsidenten

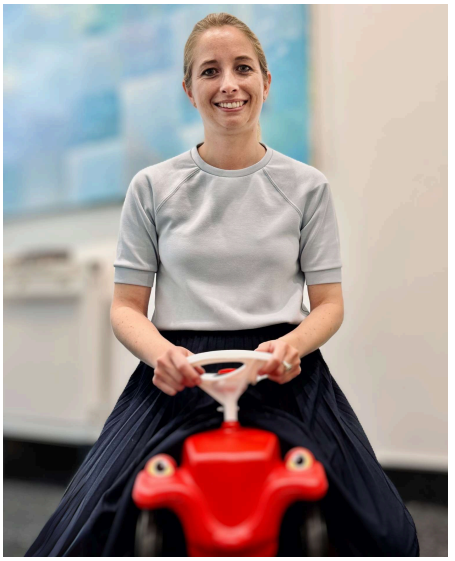
Dieses Plenum stand im Zeichen eines **politischen Wechsels**: Olaf Lies wurde als Nachfolger von Stephan Weil zum Ministerpräsidenten gewählt. **Doch dieser Wechsel ist kein Aufbruch – er ist das Ergebnis parteipolitischer Taktik.** Und er ist vor allem eines: **ein Bruch des Vertrauens.**

Stephan Weil hatte den Menschen in Niedersachsen zu Beginn der Legislatur versprochen, sein Amt bis 2027 auszuüben. Dieses Versprechen war die Grundlage für sein politisches Mandat. Jetzt, mitten in der Wahlperiode, tritt er ohne Not zurück.

Doch Olaf Lies steht nicht für frischen Wind. Er ist seit zwölf Jahren Teil der Landesregierung – und mitverantwortlich für viele der Herausforderungen, mit denen Niedersachsen heute zu kämpfen hat.

Bereiche wie die Unterrrichtsversorgung bleiben liegen, die Infrastruktur im Bereich Verkehr, Kitas und Krankenhäuser ist marode und unsere Autoindustrie geht es schlecht. Was Niedersachsen jetzt braucht, ist keine neue Figur an der Spitze, **sondern ein echter Neuanfang**. Wir brauchen Köpfe mit Mut, Ideen und Tatkraft. Menschen, die anpacken und gestalten wollen – für gute Bildung, eine starke Wirtschaft und ein verlässliches Miteinander im ganzen Land.

Autobahnen bauen – statt Ausreden suchen



Ohne gut ausgebaute Verkehrswege gibt es keine wirtschaftliche Zukunft für Niedersachsen. Doch genau hier bremst die rot-grüne Landesregierung sich selbst aus. Während der der nun neu gewählte Ministerpräsident und bisherige SPD-Wirtschaftsminister **zentrale Projekte wie die A20 und A39** unterstützt hat, fordern führende Grüne öffentlich deren Stopp. **Ergebnis: ein verunsichendes Hin und Her – für Pendler, Unternehmen und Kommunen.**
Als CDU-Fraktion sagen wir klar: Niedersachsen braucht leistungsfähige Verkehrsachsen – gerade im ländlichen Raum und für die Anbindung unserer Häfen. Die A20, A39 und der Ausbau der E233 sind keine Prestigeprojekte, sondern Grundvoraussetzung für stabile Lieferketten, Investitionen und Arbeitsplätze.
Mit unserem Entschließungsantrag fordern wir: **Planungssicherheit statt Koalitionsstreit.** Eine klare Linie statt ideologischem Schlingerkurs. Damit Niedersachsen nicht auf der Standspur bleibt

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Rückendeckung statt Misstrauensbürokratie



Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten täglich Großes – sie schützen, helfen, retten. Und sie tun das mit hohem persönlichen Einsatz, oft unter schwierigen Bedingungen. Gerade deshalb braucht unsere Polizei **keine zusätzlichen Generalverdächtigungen, sondern klare Rückendeckung.**
Wir als CDU-Fraktion lehnen die Einführung eines sogenannten „Polizeibeauftragten“ für Niedersachsen ab. Denn: **Unser Rechtsstaat funktioniert.** Fehlverhalten wird bereits heute durch Gerichte, Beschwerdestellen, Aufsichtsinstanzen und das Qualitäts- und Beschwerdemanagement des Innenministeriums konsequent verfolgt.
Die Zahlen sprechen für sich: Es gibt keine Hinweise auf strukturellen Rassismus oder Rechtsextremismus in der niedersächsischen Polizei. Die Zahl der Beschwerden ist rückläufig – und die wenigen verhaltensbezogenen Fälle betreffen meist Kommunikationsfragen, nicht schwere Vorwürfe.
Rot-Grün will laut Koalitionsvertrag mit dem Polizeibeauftragten ein **Bürokratie-Monstrum** schaffen, das mehr Zweifel als Lösungen produziert.
Wir sagen: Vertrauen statt Misstrauen. Unsere Polizei braucht klare Regeln, gute Ausbildung – und vor allem politische Rückendeckung.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Sommer, Sonne, See – Badeunfall?



Immer mehr Kinder in Niedersachsen **können nicht schwimmen** – eine Entwicklung, die dramatische Folgen haben kann. Denn wer im Ernstfall nicht schwimmen kann, gerät schnell in Lebensgefahr. Laut DLRG hat sich die Zahl der Nichtschwimmer unter Grundschulkindern in den letzten Jahren verdoppelt.
Die Herausforderungen sind vielfältig – und sie verschärfen sich:
Es gibt zu wenig Schwimmbäder, besonders im ländlichen Raum sind sie oft nicht mehr erreichbar. Vielen Kommunen fehlt das Geld für Sanierung oder Neubau. Und hinzu kommt eine enorme Nachholwelle: Seit der Corona-Pandemie müssen deutlich mehr Kinder Schwimmen lernen, weil der Schwimmunterricht ausgefallen ist.
Für mich ist klar: **Schwimmen ist eine Grundfähigkeit** – wie Lesen und Rechnen. Deshalb fordern wir den Einsatz mobiler Schwimmcontainer, wie sie in Nordrhein-Westfalen bereits mit Erfolg getestet werden. Diese Container bringen das Wasser direkt zu den Kindern – und **schaffen dort Schwimmangebote, wo es sonst keine gibt.**
Wir dürfen nicht zusehen, wie **eine ganze Generation zu Nichtschwimmern wird**. Sicherheit im Wasser darf nicht vom Wohnort oder Geldbeutel abhängen – sondern muss Standard in ganz Niedersachsen sein.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Fußfessel jetzt!



Fast **28.000 Fälle häuslicher Gewalt** wurden **2024** in Niedersachsen registriert. Über 30.000 Menschen waren betroffen – rund 70 Prozent davon Frauen. In vielen Fällen reicht ein Platzverweis allein nicht aus, um die Betroffenen zu schützen.
Ein wirksames Instrument könnte die **elektronische Aufenthaltsüberwachung** sein – eine Fußfessel, **mit der Täter kontrolliert und Näherungsverbote durchgesetzt werden können.** Doch die Polizei darf sie in Niedersachsen bislang nicht einsetzen – **die gesetzliche Grundlage fehlt.**
Wir als CDU-Fraktion haben bereits im Januar einen Änderungsantrag eingebracht, um diese Lücke zu schließen. In dieser Woche haben wir mit einer Kleinen Anfrage in der Fragestunde nachgehakt: Wann wird endlich gehandelt?
Die Landesregierung erkennt zwar den Handlungsbedarf – doch ein Gesetzentwurf liegt nicht vor. Für uns ist klar: Der Schutz von Betroffenen darf nicht weiter hinausgezögert werden.
Wir setzen uns für klare Regeln und konkrete Maßnahmen ein – damit Betroffene ihren Alltag wieder sicher und ohne Angst leben können.

Kleine Anfrage der CDU-Fraktion

Kein Update für die NBank



Vor wenigen Tagen sprach mein Fraktionskollege Reinhold Hilbers im Landtag über die Zukunft unserer Förderbank. Seit über 20 Jahren begleitet die NBank Mittelstand, Kommunen und Handwerk. Aber: Die Herausforderungen von heute brauchen moderne Antworten.
Die CDU-Fraktion forderte ein **umfassendes Update der NBank** – hin zu einer **echten Investitions- und Förderbank**. Warum? Weil Digitalisierung, Dekarbonisierung, KI und Wettbewerbsfähigkeit nicht mit veralteten Strukturen zu stemmen sind.
Was wollten wir?
Zur echten Bank werden, klare Regeln, klares Gesetz, Eigenkapital stärken, Förderprogramme verschlanken und bündeln.
Was fehlt? Der Mut der Landesregierung.
Obwohl selbst der Landesrechnungshof Veränderungen fordert, bleibt Rot-Grün auf der Bremse. **Wir aber sagen: Niedersachsen braucht eine NBank, die nicht nur verwaltet – sondern gestaltet.**

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Colette Thiemann



- seit 2021 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Verkehr, Bauen und Digitalisierung
- Mitglied Unterausschuss "Medien", "Prüfung der Haushaltsrechnungen und "Tourismus"

Weniger Fax, mehr Fortschritt: Warum Niedersachsen die Bürokratie neu erfinden muss

Stellen Sie sich vor, Sie gründen ein Unternehmen in Niedersachsen – voller Tatendrang, Ideen und vielleicht sogar mit einem Plan. Doch bevor Sie richtig loslegen können, stolpern Sie über Formulare, Paragrafen und ein Labyrinth aus Zuständigkeiten, das selbst Kafka ein anerkennendes Nicken entlockt hätte. Willkommen im deutschen Verwaltungsdschungel, Standort: Niedersachsen.

Bürokratie ist per se nichts Schlechtes – sie sorgt für Ordnung, Gerechtigkeit und Planbarkeit. Aber wenn man für eine digitale Genehmigung erst ein analoges Faxgerät braucht, läuft etwas grundlegend schief. Niedersachsen, das Land von Innovation und Industrie, darf sich nicht länger im Formularstau der Vergangenheit verlieren. Wir brauchen einen radikalen Bürokratieumbau – nicht nur ein bisschen "Entschlackung", sondern ein echtes digitales Reboot. Warum? Weil Wirtschaft und Bürger längst im 21. Jahrhundert angekommen sind. Unternehmen wollen bauen, forschen, einstellen – nicht stempeln, kopieren und faxen. Bürger wollen Wohnraum, Kitas und unkomplizierte Verwaltung – keine Odysee durch Amtsstuben mit Öffnungszeiten von 9 bis „kommt drauf an“.

Und nein, Frau Müller vom Bauamt, eine Excel-Tabelle auf DIN A4 auszudrucken und dann einzuscannen ist keine Digitalisierung – das ist digitale Gymnastik mit nostalgischem Beigeschmack.

Wie wäre es endlich mal mit nicht reden, sondern machen: Fangen wir einfach an:

- **One-Stop-Shop-Verfahren:** Eine Anlaufstelle für alles – statt einem Behördenhopping, dass an eine Schnitzeljagd ohne Schatz erinnert.

- **Genehmigungsfristen mit Ablaufdatum:** Wer nicht innerhalb von 4 Wochen entscheidet, hat automatisch zugestimmt. Klingt kühn? Nennt sich in anderen Ländern einfach Verwaltungspraxis.
- **Digitale Standards, landesweit verbindlich:** Keine Insellösungen, keine Excellisten als „Workflow“, sondern interoperable Systeme, die miteinander reden – wie Unternehmer es jeden Tag tun.
- **Online statt Schlangestehen:** Meldewesen, Bauanträge, Anwohnerparken – alles mit wenigen Klicks.
- **Behördensprache in Klartext:** Nicht jeder Bürger hat Jura studiert. „Unverzüglich“ heißt einfach „schnell“, und „formlos schriftlich“ bedeutet „Mail genügt“.
- **Transparenz über Verfahrensstand:** Pizza-Tracker bei Lieferdiensten – aber kein Update bei der Kita-Platzvergabe? Wirklich?

Ein mittelständischer Unternehmer wollte in Niedersachsen eine neue Lagerhalle bauen – genehmigungsfrei, laut Gesetz. Trotzdem wurde er gebeten, einen **formlosen Antrag** zu stellen, um zu bestätigen, dass er keinen Antrag stellen muss. In dreifacher Ausfertigung. Auf Papier. Mit Unterschrift. Und dann... wurde ihm empfohlen, den Antrag zur Sicherheit auch noch zu faxen.

Niedersachsen hat das Potenzial, Deutschlands Vorreiter für eine moderne, digitale Verwaltung zu werden – aber dafür muss Schluss sein mit der Papierliebe, Prozessverliebtheit und Paragrafenpoesie vergangener Jahrzehnte.

Mehr zu Colette Thiemann

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 5 | Juni 2025



Moin,

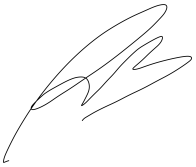
Im Juni-Plenum ging es um echte Zukunftsfragen.
Wie schaffen wir ein Bildungssystem, das Kinder stark macht und Familien entlastet? Wie fördern wir Gründerinnen und Gründer an unseren Hochschulen? Wie gelingt es, digitale Medien im Schulalltag sinnvoll zu nutzen – ohne unsere Kinder zu überfordern?
All das haben wir als CDU-Fraktion auf den Tisch gebracht – mit klaren Ideen, ehrlichem Blick auf die Herausforderungen und dem Willen, Verantwortung zu übernehmen.
Ganztagsbetreuung: Der Rechtsanspruch kommt – aber sind unsere Schulen bereit? Wir sagen: Nur mit klarer Finanzierung, starken Partnern und echten Lösungen bleibt der Ganztag ein Gewinn für alle.
Freie Schulen stärken: Weniger Bürokratie, mehr Vertrauen – und eine faire Finanzierung, die wirklich ankommt.

Gründergeist an Hochschulen: Wenn kluge Köpfe Ideen haben, darf es nicht an Strukturen scheitern. Wir machen Gründungen einfacher, schneller und stärker.
Handyverbot mit Herz und Verstand: Kinder brauchen Schutz und Orientierung – nicht den Druck von Likes und Followern auf dem Schulhof.
Geschlechtersensible Medizin: Frauen werden zu oft übersehen. Wir kämpfen für eine Versorgung, die Unterschiede ernst nimmt und Leben rettet.
Agenda 2030: Wachstum, Digitalisierung, Fachkräfte – wir schaffen neue Perspektiven für Niedersachsens Wirtschaft.

Der Gastbeitrag meines Fraktionskollegen **Alexander Wille**, bringt es auf den Punkt, was viele längst spüren: Wer sich für andere einsetzt, verdient auch klare Rechte und verlässliche Unterstützung und knüpft an unseren Antrag aus dem Plenum an.

Viel Freude beim Lesen und Stöbern!

Ihre



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Ganztag zuverlässig finanzieren



2026 tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in Kraft. Doch statt Planungssicherheit herrscht Chaos: **unklare Zuständigkeiten, fehlende Finanzierung, keine klaren Regeln.** Unsere Kommunen schlagen längst Alarm. Und ich kann sie verstehen.

In der Plenarsitzung haben wir als CDU-Fraktion deutlich gemacht: So geht das nicht weiter. **Wenn der Ganztag kommt, dann muss er auch funktionieren** – sonst wird er zur Belastung für Familien, Lehrerinnen und Lehrer sowie Schulträger.

Wir fordern:

- Faire und auskömmliche Finanzierung für alle Schulstandorte – auch im ländlichen Raum
- Einbindung starker Partner wie Sportvereine, Kirchen, Kunst- und Musikschulen
- Klare Vorgaben und Zeitpläne statt Flickenteppich und Vertröstungen.

Ich bin überzeugt: Bildung beginnt nicht irgendwann – sie beginnt jetzt. Und sie darf nicht am Geld scheitern.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

CDU stärkt freie Schulen

Mit der Änderung des Niedersächsischen Schulgesetzes will die rot-grüne Landesregierung die Finanzierung freier Schulen neu regeln. Doch was auf den ersten Blick nach Unterstützung klingt, droht in der Praxis neue Hürden aufzubauen: **mehr Bürokratie, zu wenig Planungssicherheit, eine Finanzierung, die an der Lebensrealität vorbeigeht.**

Als CDU-Fraktion sagen wir: Das geht besser – und haben deshalb eigene Änderungen eingebracht.

Unsere Ziele:

- **Weniger Bürokratie – mehr Vertrauen:** Statt zusätzlicher Genehmigungen für jede Personalveränderung sollen freie Schulen eigenverantwortlich handeln dürfen. Vertrauen statt Misstrauen – das ist unser Verständnis von Eigenverantwortung.
- **Finanzierung realistisch gestalten:** Der Sachkostenanteil von aktuell 16,7 % reicht hinten und vorne nicht. Wir fordern 20 % – weil steigende Energiepreise, Digitalisierung und Inklusion nicht zum Nulltarif zu haben sind.
- **Förderschulen gerecht unterstützen:** Gerade Schulen mit besonderen Herausforderungen brauchen Verlässlichkeit. Deshalb wollen wir den Abschlagsfaktor schrittweise auf 1,0 anheben – und so echte Chancengleichheit schaffen.
- **Frühe Evaluation für schnelle Verbesserungen:** Statt jahrelang zu warten, soll bis 2027 geprüft werden, ob die Reformen wirken – damit Anpassungen rechtzeitig möglich sind.

Für uns ist klar: Schulen in freier Trägerschaft leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Bildungsvielfalt. Sie verdienen faire Bedingungen und

Verlässlichkeit – nicht neue Stolpersteine.

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Für Gründergeist an Hochschulen



Unsere Hochschulen sind mehr als Orte des Lernens – sie stehen für Innovation. Mit dem neuen Gesetz zur Förderung von Gründungen schaffen wir als Land einen rechtlichen Rahmen, der Gründungen aus Hochschulen gezielt unterstützt.
Künftig dürfen Hochschulen sich einfacher an Start-ups beteiligen, Gründer mit Räumen, Technik und Know-how unterstützen und über einen neuen Landesfonds finanzielle Hilfe leisten. Sogar ein Freisemester für Professorinnen und Professoren wird möglich – damit Ideen Zeit zum Wachsen bekommen.
Wir als CDU-Fraktion unterstützen diesen Impuls. Aber klar ist auch: **Es braucht nicht nur Geld, sondern auch Verantwortung, klare Regeln und echten Fokus auf den gesellschaftlichen Mehrwert.**
Ein besseres Niedersachsen ist machbar – wenn wir Mut zum Gründen fördern.

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion

Konzentration und Kindheit statt Bildschirmstress



„Frau Bauseneick, mein Kind hat in der Pause Angst, dass jemand ein peinliches Video von ihm macht.“ – Solche Sätze höre ich in Gesprächen mit Eltern in Lüneburg immer häufiger. Und ich finde: **Das darf kein Normalzustand an unseren Schulen sein.**
Deshalb bringen wir als CDU-Fraktion ein klares Signal in den Landtag: **Schluss mit dem Dauerstress auf dem Schulhof!** Unsere Kinder brauchen Räume zum Spielen, Lernen und Freundschaften schließen – nicht zum Scrollen, Posten und Vergleichen.
Unser Vorschlag ist ein landesweites Handyverbot im Unterricht, in den Pausen und im Ganztag. Gleichzeitig setzen wir auf kluge Medienbildung: Lehrerfortbildungen, Social-Media-Sprechstunden, feste Zeitfenster für die Auseinandersetzung mit digitalen Themen. **Denn wir wollen keine digitale Verbotskultur – sondern eine starke Orientierung.**
Gerade in sensiblen Altersphasen brauchen Kinder Halt und Struktur. Die Schule darf kein Ort sein, an dem Likes über Selbstwert entscheiden. Sondern ein Ort, an dem jedes Kind zählt – und nicht der Algorithmus.

Antrag der CDU-Fraktion zu Medienkompetenzen

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Agenda 2030

Als CDU-Fraktion haben wir im Landtag eine klare Agenda vorgelegt: Unsere **Agenda 2030**. **Sie steht für eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum wieder möglich macht** – mit Rückenwind statt Gegenwind für unsere Betriebe. **Wir fordern:**

- Eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik – Ziel: 2 % Wachstum pro Jahr
- Spürbaren Bürokratieabbau durch digitale Prozesse und schnellere Genehmigungen
- Gezielte Investitionen in Infrastruktur, Digitalisierung und Fachkräfte

- Steuerliche Entlastungen für Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen

Denn: **Leistung muss sich lohnen – für alle, die unser Land am Laufen halten.** Wir wollen ein Niedersachsen, das Mut macht. Das Chancen bietet. Das stärker aus der Krise kommt, als es hineingegangen ist.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Geschlechtersensible Versorgung endlich stärken

Es geht um eine moderne, gerechte und lebensrettende Gesundheitsversorgung – für Frauen und Männer. Unsere Medizin funktioniert heute noch oft nach dem Prinzip **„One-size-fits-all“ – und das ist gefährlich.** Frauen zeigen bei einem Herzinfarkt andere Symptome als Männer. Sie werden aber viel zu oft falsch diagnostiziert – mit schwerwiegenden Folgen. Erkrankungen wie Endometriose oder Lipödem betreffen Millionen Frauen – und doch fehlt es an Forschung, Aufklärung und gezielter Hilfe. Das darf nicht so bleiben.
Wir fordern: geschlechtersensible Forschung stärken, Ärztinnen und Ärzte besser ausbilden, Selbsthilfegruppen unterstützen, das Kompetenzzentrum in Hannover ausbauen und neue Pilotprojekte starten. **Denn eine Medizin, die Unterschiede kennt und berücksichtigt, rettet Leben und spart langfristig sogar Kosten.**
Ich finde: Wer moderne Medizin will, muss die Realität von Frauen und Männern ernst nehmen.

Antrag der CDU-Fraktion

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Alexander Wille



- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Inneres und Sport sowie im Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes
- Mitglied im Präsidium des Niedersächsischen Landtags (Schriftführer)

Anerkennung und Gleichstellung für Ehrenamtliche in Niedersachsen dringend erforderlich

Unsere CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat in der Plenarsitzung eine faire und einheitliche gesetzliche Regelung zur Gleichstellung aller ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräfte gefordert. Im Zentrum der Kritik steht die anhaltende Ungleichbehandlung von Helferinnen und Helfern aus verschiedenen Organisationen – etwa bei Freistellung, Entschädigung und rechtlicher Absicherung.

Unser Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Einsatz- und Rettungskräften in unserem Land, denn sie sind das Rückgrat unseres Bevölkerungsschutzes. Doch trotz des unermüdlichen Engagements dieser Helferinnen und Helfer wird ihnen die verdiente Gleichbehandlung weiterhin verwehrt.

Wir kritisieren scharf, dass die rot-grüne Landesregierung den Gesetzentwurf der Opposition zur Gleichstellung pauschal abgelehnt hat – ohne einen eigenen Vorschlag, ohne eine konstruktive Debatte. Das ist nicht nur enttäuschend, sondern ein Zeichen politischen Desinteresses an den realen Bedürfnissen unserer Einsatzkräfte.

Nach wie vor gibt es in Niedersachsen eine „Zweiklassengesellschaft im Ehrenamt“. Während Feuerwehrleute Anspruch auf Freistellung und Entschädigung haben, gehen Helferinnen und Helfer von DLRG, DRK oder anderen Organisationen oft leer aus. Gleiches Engagement muss auch gleiche Rechte bedeuten – alles andere ist ungerecht und nicht mehr vermittelbar!

Besonders kritisch bewerten wir, die CDU, die Aussage der SPD, es bestehe kein gesetzlicher Handlungsbedarf. In der Anhörung im Innenausschuss haben sich sämtliche Hilfsorganisationen eindeutig positioniert: Es braucht einheitliche gesetzliche Regelungen. Wer das ignoriert, ignoriert die Realität vor Ort und die Stimmen der Ehrenamtlichen.
Wir als CDU fordern daher eine Ergänzung im Niedersächsischen Katastrophenschutzgesetz, die allen ehrenamtlich Engagierten – unabhängig von Organisation und Einsatzgebiet – die gleichen Rechte sichert. Das ist keine Revolution, sondern eine Frage der Gerechtigkeit und des Respekts gegenüber unseren Helferinnen und Helfern. Ein starker Bevölkerungsschutz braucht starke gesetzliche Grundlagen – und den politischen Willen, sie auch umzusetzen. Wir machen Politik nicht gegen die Ehrenamtlichen, sondern mit ihnen. Unser Ziel ist klar: Gleiches Engagement verdient gleiche Rechte. Punkt.

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Mehr zu Alexander Wille

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{contact.EMAIL}}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 6 | September 2025



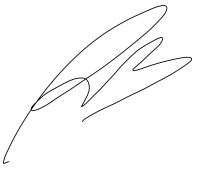
Moin,

Nach intensiven Wochen im Wahlkreis hat im Landtag wieder die inhaltliche Arbeit begonnen. Das erste Plenum nach der Sommerpause war vollgepackt mit Themen, die uns als CDU-Fraktion wichtig sind und viele Menschen in Niedersachsen betreffen.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel für Kitas dort ankommen, wo sie hingehören – bei den Kindern. In der Aktuellen Stunde ging es um die Ausreisepflicht. Für uns gilt: Wer bleiben darf, muss schnell Klarheit haben. Wer gehen muss, muss unser Land auch verlassen.

Mit unserem Änderungsantrag zum sogenannten Fahrradland haben wir deutlich gemacht, dass es mehr braucht als schöne Worte. Wir wollen echte Verbesserungen für den Alltag der Menschen. Auch unsere Seehäfen brauchen mehr Unterstützung. Sie sind Rückgrat unserer Wirtschaft.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Landwirtschaft. Wir haben starke Impulse eingebracht, um den Landwirtinnen und Landwirten endlich wieder mehr Planungssicherheit zu geben.
Besonders wichtig war mir meine Rede zur Zahngesundheit. Denn gute Mundhygiene ist nicht nur eine Frage der Gesundheit, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. Alle Kinder sollen mit den gleichen Chancen ins Leben starten – auch beim Thema Gesundheit.



Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Zweckbindung abschaffen!



Im Plenum habe ich klar gemacht: Es darf nicht an starren Förderrichtlinien scheitern, wenn vor Ort dringend neue Kindergartenplätze gebraucht werden. Unsere Städte und Gemeinden brauchen **mehr Spielraum – und weniger Bürokratie.**
Aktuell ist die Förderung oft zweckgebunden – das heißt: Gelder dürfen nur für ganz bestimmte Maßnahmen verwendet werden, zum Beispiel ausschließlich für Krippenplätze. Werden vor Ort aber plötzlich mehr Kindergartenplätze gebraucht, darf der Raum dafür nicht genutzt werden.

Gerade in Zeiten knapper Kassen ist die Umnutzung vorhandener Räume oft die schnellste und kostengünstigste Lösung. Doch genau das wird durch solche Zweckbindungen blockiert. Die Landesregierung hat zwar eine Ausnahme geschaffen – aber die ist bürokratisch, langsam und nur auf ein einziges Programm beschränkt.
Für mich ist klar: Wir brauchen **echte Flexibilität für unsere Kommunen** – damit sie schnell und verlässlich reagieren können, wenn sich die Betreuungsbedarfe ändern. Denn gute frühkindliche Bildung darf kein bürokratisches Glücksspiel sein.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Starke Impulse für eine starke Landwirtschaft



Unsere Bäuerinnen und Bauern **wollen produzieren, nicht verwalten**. Im Landtag haben wir als CDU-Fraktion drei konkrete Anträge eingebracht, die zeigen, wie moderne Landwirtschaft gelingen kann – **mit mehr Energie vom Hof, weniger Bürokratie und klugen Innovationen.** Biogas aus Wirtschaftsdünger kann einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Damit das einfacher wird, wollen wir Genehmigungen beschleunigen und faire Vergütungen sichern. Agri-Photovoltaik ist eine weitere Chance: Strom und Lebensmittel auf einer Fläche - Und wir wollen den Betrieben den Rücken freihalten. Doppelte Meldungen, starre Fristen und unnötige Konzepte blockieren Zeit und Kraft. Deshalb fordern wir digitale Lösungen und weniger Auflagen – **damit auf dem Acker gearbeitet werden kann, nicht am Schreibtisch.**

Energieerzeugung stärken!

Energiewende beschleunigen!

Entbürokratisierung der Landwirtschaft!

Aktuelle Stunde: Ausreisepflicht nachkommen

Ein tragischer Fall in Friedland hat viele Menschen in Niedersachsen erschüttert: Eine 16-jährige Ukrainerin wurde getötet – mutmaßlich durch einen mehrfach auffälligen, ausreisepflichtigen Mann, der längst hätte abgeschoben werden müssen.
Deshalb haben wir als CDU-Fraktion dieses Thema in der Aktuellen Stunde im Landtag aufgegriffen. Denn es geht nicht nur um Behördenversagen im Einzelfall – es geht um das Vertrauen in den Staat und um die Frage, ob Schutz und Ordnung verlässlich gewährleistet werden.
Wir fordern klare Konsequenzen: **Rückführungszentren mit allen relevanten Stellen unter einem Dach.** Aufenthaltsüberwachung für straffällige Ausreisepflichtige. Und besseren Datenaustausch bei Gefährdern.

Niedersachsens Seehäfen stärken



Seit Juni bin ich Mitglied im Aufsichtsrat der Hafen Lüneburg GmbH – und sehe dort ganz konkret, welche zentrale Rolle unsere Häfen spielen: für die Versorgung mit Waren, für die Energiewende und für die regionale Wirtschaft. Ob Windkraft, Wasserstoff oder Agrarprodukte – **ohne leistungsfähige Häfen geht in Niedersachsen nichts voran.**

Darum haben wir als CDU-Fraktion im Landtag zwei Entschließungsanträge eingebracht: Für mehr Hafenflächen und für eine bessere Anbindung ans Hinterland. Wer Energiewende und wirtschaftliches Wachstum will, braucht nicht nur Kaimauern, sondern auch Gleise, Straßen und Wasserwege.
Bis 2030 werden rund 206 Hektar zusätzliche Hafenflächen benötigt – fast eine Verdreifachung. Gleichzeitig müssen Logistik und Industrie schneller und zuverlässiger verbunden werden.

Seehäfen beim Hafenausbau unterstützen

Anbindung der Häfen in Niedersachsen

Besserer Schutz für unsere Kleinsten!

Als CDU-Fraktion wollen wir uns mit unserem Antrag für einen wirksamen Kinderschutz stark machen. Unser Ziel ist es, die bestehenden **Kinderschutzzentren deutlich zu stärken**, ihre Arbeit weiter auszubauen und ihnen verlässliche Strukturen an die Seite zu stellen. Neben weiteren Maßnahmen wollen wir erreichen, dass es überall dort, wo Menschen mit Kindern arbeiten – in Kitas, Schulen, Vereinen oder Einrichtungen – verlässliche und gut erreichbare **Weiterbildungsangebote** gibt. Denn wer Verantwortung für Kinder trägt, muss gut vorbereitet, gut begleitet und gut vernetzt sein.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

Niedersachsen ist Fahrradland



„Niedersachsen soll Fahrradland Nr. 1 werden“ – das klingt gut, reicht aber nicht. Im Antrag von SPD und Grünen fehlen konkrete Maßnahmen, klare Ziele und eine realistische Umsetzung.
Als CDU-Fraktion haben wir deshalb einen Änderungsantrag eingebracht: f**ür mehr Verbindlichkeit, weniger Bürokratie und eine echte Unterstützung unserer Kommunen.** Leider wurde er abgelehnt.
Ich unterstütze den Ausbau des Radverkehrs – aber mit Augenmaß und klarer Planung.

Änderungsantrag der CDU-Fraktion

Gesunde Zähne für gesunde Kinder



Im Plenum habe ich diese Woche zur zahnärztlichen Vorsorge in Kitas gesprochen. Denn für mich ist klar: **Gesunde Zähne sind keine Nebensache.** Sie sind Voraussetzung für Sprache, Ernährung, Entwicklung und Selbstbewusstsein und damit ein echter Baustein für faire Bildungschancen.
Besonders betroffen sind oft die Kinder, die ohnehin schon wenig Unterstützung bekommen. Viele von ihnen nehmen nicht an den zahnärztlichen Reihenuntersuchungen teil, weil die schriftliche Einwilligung der Eltern fehlt. Das darf nicht länger sein.
Darum setze ich mich dafür ein, dass die Vorsorgeuntersuchungen nach § 21 SGB V im Kita-Gesetz verpflichtend verankert werden – mit einem klaren Widerspruchsverfahren für Eltern, die nicht teilnehmen möchten. Das schafft Klarheit, reduziert Bürokratie und entlastet die Kitas.
Vor allem aber sorgt es dafür, dass wirklich **jedes Kind** erreicht wird – **unabhängig vom Elternhaus.** So können wir Zahngesundheit flächendeckend erfassen, gezielt vorbeugen und die Kinder frühzeitig stärken.

Gemeinsamer Änderungsantrag von CDU, SPD und Bündnis90/Die Grünen

Gastbeitrag

Gastbeitrag von Cindy Lutz



- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtags
- Mitglied im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur
- Sprecherin für Wissenschaft und Kultur der CDU-Landtagsfraktion

Niedersachsen darf nicht länger Schlusslicht sein – wir müssen Medizinstudienplätze endlich konsequent ausbauen

Jeder zusätzliche Medizinstudienplatz ist ein direkter Beitrag zur Gesundheitsversorgung in unserem Land – deshalb dürfen wir nicht länger zögern. Die aktuellen Zahlen sprechen eine klare Sprache: Hunderte Hausarztsitze bleiben unbesetzt, viele unserer Ärztinnen und Ärzte gehen in den nächsten Jahren in den Ruhestand, und in den Kliniken fehlt es schon heute an Fachkräften. Das ist kein Randproblem, sondern eine ernste Gefahr für die flächendeckende Versorgung.

Besonders alarmierend ist das Ergebnis einer aktuellen CHE-Studie: Niedersachsen liegt bei der Zahl der Medizinstudienplätze bundesweit auf dem letzten Platz. Während andere Länder ihre Kapazitäten gezielt ausbauen, plant die rot-grüne Landesregierung gerade einmal ein Mini-Plus von 80 Plätzen – das reicht hinten und vorne nicht.

Wir als CDU-Fraktion fordern deshalb 200 neue Medizinstudienplätze und schlagen die Einrichtung einer Task Force vor, die gemeinsam mit Universitäten, Kommunen und Ärzteschaft einen verbindlichen Fahrplan erarbeitet. Auch neue Initiativen wie die geplante Fakultät in Osnabrück müssen endlich aktiv unterstützt werden, statt sie auszubremsen.

Zudem wollen wir prüfen, wie wir durch europäische Kooperationen kurzfristig zusätzliche Studienkapazitäten erschließen können – andere Länder zeigen bereits, wie das geht.

Klar ist: Ein Medizinstudienplatz ist teuer. Aber fehlende Ärztinnen und Ärzte kosten uns als Gesellschaft am Ende deutlich mehr. Es ist höchste Zeit, dass Niedersachsen ein starkes Signal setzt – wir dürfen nicht länger Schlusslicht bleiben.

Cindy Lutz

Antrag der CDU-Fraktion zu Medizinstudienplätzen

Mehr zu Cindy Lutz

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem

persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

---

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 7 | Oktober 2025



Moin,

ob im Klassenzimmer, im Krankenhaus oder am Flussufer – überall in Niedersachsen begegnet mir dieselbe Frage: Wo bleibt die Verlässlichkeit und der Mut zum Handeln? Im Oktober-Plenum habe ich deshalb für ein Thema gesprochen, das viele Familien ganz unmittelbar betrifft: Inklusion. In meiner Rede habe ich deutlich gemacht, woran es im Schulalltag hakt – und wir ein echtes und ehrliches Miteinander brauchen. Es geht nicht um Ideologie, sondern um das, was Kinder wirklich fördert und fordert.
Neben der Inklusion haben wir als CDU-Fraktion weitere wichtige Themen in den Mittelpunkt der Debatten gestellt: für verlässlichen Hochwasserschutz, ein krisenfestes Gesundheitswesen, eine starke Wirtschaft und konkrete Lösungen vor Ort – zum Beispiel mit Blick auf die Elbbrücke bei Neu Darchau.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen

Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Große Anfrage zur Inklusion



In meiner Rede zur Großen Anfrage der CDU-Fraktion zur Inklusion habe ich mit einem Bild begonnen, das leider Alltag ist: Montagmorgen, acht Uhr. Eine Lehrerin steht allein vor ihrer Klasse, der Schulbegleiter fehlt. Für ein Kind mit Förderbedarf bedeutet das oft, dass kein Unterricht stattfinden kann. Diese Szene beschreibt die bittere Realität vieler Familien und Schulen in Niedersachsen.
Inklusion ist ein Menschenrecht – aber sie endet zu oft an der Tür des Klassenzimmers. Wir als CDU-Fraktion sagen klar, dass inklusive Schule und Förderschule sich nicht ausschließen. Beide sind Teil eines starken Schulsystems, das die Bedürfnisse der Kinder in den Mittelpunkt stellt. Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern darum, die besten Lernbedingungen für jedes einzelne Kind zu schaffen. Manche Kinder brauchen die individuelle Förderung der Förderschule, andere eine starke inklusive Lerngruppe. Entscheidend ist, dass beide Wege funktionieren und verlässlich sind.

Große Anfrage zur Inklusion

Besserer Hochwasserschutz für Niedersachsen

Die Erinnerungen an das Hochwasser zum Jahreswechsel 2023 sind in unserer Region noch da. Überflutete Straßen, vollgelaufene Keller und Menschen, die Sandsäcke gefüllt haben, um ihre Häuser zu schützen. Dieser Einsatz verdient Respekt, doch Dank allein reicht nicht. Was wir jetzt brauchen, ist entschlossenes Handeln. Während SPD und Grüne weiter prüfen, haben wir als CDU-Fraktion ein konkretes Investitionsprogramm gefordert: Jährlich 60 Millionen Euro für sichere Deiche, Rückhaltebecken und moderne Schutztechnik. Für uns ist klar, dass Hochwasserschutz auch Naturschutz ist. Denn ein Deichbruch zerstört nicht nur Infrastruktur, sondern auch wertvolle Lebensräume. Deshalb fordern wir schnellere Planungen, weniger Bürokratie und echte Priorität für den Schutz unserer Dörfer, Städte und Landschaften.

Wirksamer Hochwasserschutz

Bevölkerungsschutz geht vor Biotopschutz

Wir brauchen die Elbbrücke



Seit über 30 Jahren gehört das Amt Neuhaus zu Niedersachsen. Doch bis heute fehlt die feste Verbindung über die Elbe. In der Debatte zur Elbbrücke bei Darchau haben wir als CDU nochmal deutlich gemacht, dass die Menschen in der Region endlich Verlässlichkeit brauchen. In diesem Jahr allein sind über hundert Fährtage ausgefallen – mit Folgen für Pendler, Familien, Rettungsdienste und Betriebe.
Eine Brücke schafft mehr als nur eine Verbindung. Sie steht für gleichwertige Lebensverhältnisse, für wirtschaftliche Stärke und für den Zusammenhalt im ländlichen Raum.

Elbbrücke zwischen Darchau/ Neu-Darchau

Früher helfen, besser schützen

Immer wieder berichten Fachleute von Fällen, bei denen psychisch stark belastete Menschen zur Gefahr für sich oder andere werden – und niemand rechtzeitig eingreifen kann, weil Informationen fehlen oder gesetzliche Hürden im Weg stehen. Genau hier setzen wir als CDU-Fraktion an. Unser Ziel ist, dass Behörden und Einrichtungen frühzeitig zusammenarbeiten dürfen, wenn sich eine Gefährdung abzeichnet – zum Schutz der Betroffenen und ihres Umfelds. Auch schwere Suchterkrankungen wie Alkohol- oder Drogenabhängigkeit sollen künftig im Gesetz berücksichtigt werden. Klar ist auch: wir brauchen Fallkonferenzen, bei denen alle Beteiligten rechtzeitig an einen Tisch kommen. Wer Hilfe organisiert, schützt Menschenleben – und zeigt, dass Sicherheit und Menschlichkeit zusammengehören.

Gesetzesänderung der CDU-Fraktion

Standort Niedersachsen erhalten

Wir fordern eine industriepolitische Agenda, die Niedersachsen zukunftsfähig macht. Dazu gehört bezahlbare Energie und ein Bürokratieabbau, der die Unternehmen unterstützt statt ausbremst. Wie dringend dieser Kurswechsel ist, zeigt sich auch in unserer Region. In Lüneburg etwa zieht sich das Traditionsunternehmen Jungheinrich zurück. Ein schmerzhaftes Signal, das deutlich macht, dass wir Anreize setzen müssen für den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit. Trotzdem hat die rot-grüne Landesregierung unseren Antrag abgelehnt. Für mich ist klar, dass wir den Standort Niedersachsen wieder stärken müssen!



De-Industralisierung stoppen

Gesundheitswesen im Ernstfall



Mit unserem Antrag setzen wir uns für ein krisenfestes und widerstandsfähiges Gesundheitswesen in Niedersachsen ein. Krankenhäuser gehören zur kritischen Infrastruktur und müssen ebenso wie Pflegeeinrichtungen und Praxen besser auf Cyberangriffe, Stromausfälle und andere Katastrophen vorbereitet werden – durch klare Zuständigkeiten, verlässliche Notfallreserven und gezielte Schulungen. Denn wer im Ernstfall schützen will, muss schon heute vorsorgen.

Entschließungsantrag der CDU-Fraktion

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit
Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 8 | November 2025



Moin,

Niedersachsen braucht Klarheit und Richtung. Als CDU-Fraktion wollen wir **Bürokratie in Zahnarztpraxen abbauen**, **Hebammen stärken**, beim **Ganztag verlässliche Strukturen** schaffen und mit einem intelligenten Stromnetz die **Energiewende mit Akzeptanz** vorantreiben.
In diesem Newsletter möchte ich Sie mitnehmen in die wichtigsten Themen des Plenums: Was wurde entschieden? Was bedeutet das für uns im Wahlkreis? Und an welchen Stellen braucht es weiter Druck, Mut und Klarheit?

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Anna Bauseneick MdL

Das war im Plenum los

Demokratiefeinde bekämpfen, statt finanzieren



Unsere Demokratie ist stark, aber sie ist kein Selbstläufer. Wer sie angreift, stellt sich gegen unser freiheitliches Zusammenleben. Als CDU-Fraktion setzen wir uns dagegen mit zwei Gesetzinitiativen ein. Dafür fordern wir, dass kein Steuergeld an Extremisten und Antisemiten fließen darf. Und unsere Hochschulen brauchen Schutzräume, in denen freie Debatten möglich bleiben ohne Angst, Hass oder Einschüchterung.
Ich habe es so gesagt und ich meine es genau so: Unsere Demokratie ist wie ein Haus aus Backstein. Jeder einzelne Stein zählt. Und jeder muss geschützt werden. Kein Cent darf zu denen gehen, die dieses Haus angreifen. Deshalb haben wir zwei Gesetzesinitiativen eingebracht:
Im **Landeshaushaltsrecht** soll künftig gesetzlich geregelt werden, dass staatliche Fördergelder gestrichen oder zurückgefordert werden können, wenn Empfänger extremistische oder antisemitische Aktivitäten unterstützen oder selbst betreiben. So verhindern wir, dass demokratiefeindliche Organisationen öffentliche Mittel erhalten. Dies wird nun im Ausschuss beraten.
Im **Hochschulgesetz** fordern wir einen klaren Handlungsrahmen für Niedersachsens Hochschulen. Diese sollen künftig bei Vorfällen von Gewalt,

Bedrohung oder gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit konsequenter einschreiten können. Zum Beispiel durch Hausverbote, Exmatrikulationen oder Raumverbote, gestützt auf eine klare gesetzliche Grundlage. Rot-Grün hat abgelehnt.
Es geht um den Schutz der akademischen Freiheit und um die Sicherheit aller, die an unseren Hochschulen lernen, lehren oder arbeiten.

Änderung der Niedersächsischen Landeshaushaltsordnung

Änderung des Niedersächsischen Hochschulgesetzes



Für starken Ganztag – nicht irgendwann, sondern jetzt

In Gesprächen mit Schulleitungen, Eltern und kommunalen Vertretern auch in unserer Region wird eines immer wieder deutlich: Der geplante Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ist ein Versprechen – aber es droht, zu einem leeren zu werden.
Ein Jahr vor dem Start fehlen noch immer verlässliche Vorgaben und eine auskömmliche Finanzierung. **390 Euro pro Kind und Schuljahr?** Das reicht nicht für qualifiziertes Personal, sinnvolle Angebote oder verlässliche Betreuung.
Ich bin überzeugt: Ganztag ist eine große Chance – für Bildung, für Chancengleichheit und für Familien. Aber diese Chance braucht stabile Fundamente. Deshalb fordere ich: Schluss mit politischen Verzögerungen. Die Landesregierung muss jetzt handeln – nicht später.
Wir dürfen Kommunen nicht im Regen stehen lassen. Eltern brauchen Sicherheit. Kinder brauchen Förderung. Und Niedersachsen braucht Mut zur Entscheidung.

Planungssicherheit für Schulen und Schulträgern

Mehr Sicherheit an unseren Schulen!

Die Lage an unseren Schulen spitzt sich zu. Immer mehr Lehrkräfte berichten von **Gewalt, Überforderung und fehlender Unterstützung**. Dass es zwei Jahre lang keinen gültigen Erlass zur Gewaltprävention gab, ist ein politisches Versäumnis.
Der neue Erlass der Landesregierung ist ein Schritt – aber kein Durchbruch. Denn Sicherheit entsteht nicht auf dem Papier, sondern durch klare Abläufe, konsequente Reaktionen und ausreichend Personal.
Was unsere Schulen jetzt brauchen, ist echte Handlungsfähigkeit: mehr Schulsozialarbeit, verbindliche Fortbildungen und ein klarer Schutzrahmen für Lehrkräfte. Dazu haben wir als CDU konkrete **Maßnahmen** erarbeitet. Jetzt ist es an Rot-Grün, diese auch miteinzubeziehen!

Gewalt an Schulen entschlossen begegnen

Ein intelligentes Stromnetz für Niedersachsen



Wenn wir die Energiewende erfolgreich gestalten wollen, brauchen wir **intelligente Stromnetze**, die mitdenken können. Es reicht nicht, nur mehr Strom zu erzeugen. Wir müssen ihn auch besser steuern, fair verteilen und bezahlbar halten.
Ein Smart Grid – also ein digitales, steuerbares Stromnetz – entlastet unsere Netze, stabilisiert die Preise und ermöglicht neue Modelle wie dynamische Stromtarife oder das sogenannte Energy Sharing. Genau das braucht es, um Strom dort hinzubringen, wo er gebraucht wird – auch zu Spitzenzeiten.
Damit das gelingt, müssen sogenannte Smart Meter endlich **flächendeckend** eingesetzt werden. Das sind digitale Stromzähler, die den Verbrauch in Echtzeit messen und automatisch übermitteln. Sie machen den **Stromverbrauch transparent** – und schaffen die Grundlage dafür, dass Verbraucherinnen und Verbraucher ihren Verbrauch an den Strompreis anpassen können.
Für uns als CDU ist dabei klar: Das System muss wirtschaftlich tragfähig sein. Der Smart Meter muss sich für Familien und Betriebe lohnen. Und die Betreiber vor Ort, gerade im ländlichen Raum, brauchen eine Perspektive, die ihnen Planungssicherheit gibt. Deshalb haben den folgenden Antrag eingebracht:

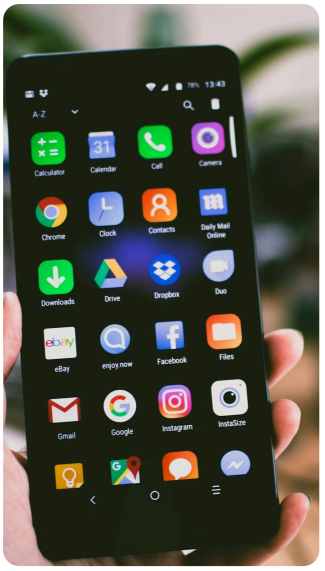
Smart Grid für Niedersachsen

Hebammenhilfvertrag

Dringliche Anfrage der CDU-Fraktion

Die Geburt eines Kindes ist einer der sensibelsten Momente im Leben einer Familie. Genau in diesem Moment geben Hebammen Halt, Mut und Sicherheit. Umso erschreckender ist es, wie sehr viele Hebammen-Teams aktuell **unter Druck geraten.** Auch bei uns in der Region, etwa in Winsen, Buchholz und Dannenberg.
In einer Dringlichen Anfrage haben wir als CDU-Fraktion nachgehakt. Die Antwort der Landesregierung war ernüchternd: Kündigungen nehmen zu, Versorgungsstrukturen bröckeln, und trotzdem erklärt das Ministerium, die Lage sei nicht gefährdet.
Wer jetzt wegschaut, riskiert Kreißsaalschließungen. Das bedeutet längere Wege, mehr Unsicherheit und unnötige Risiken für werdende Eltern. Das darf nicht passieren.
Als CDU-Fraktion fordern wir deshalb ein klares Lagebild, **spürbare Unterstützung für Hebammen** und Gespräche mit den Vertragspartnern.

Handyverbot statt Handreichung



Seit dem Sommer setzen wir uns als CDU-Fraktion dafür ein, dass unsere Schulen endlich klare und **verlässliche Regeln** erhalten. Statt einer eindeutigen Haltung zur Handynutzung präsentiert die Kultusministerin lediglich vage Empfehlungen. Damit überlässt sie die Entscheidung über ein so sensibles Thema den Schulen vor Ort und entzieht sich selbst der Verantwortung.

Ich bin überzeugt, dass Kinder und Jugendliche in der Schule einen geschützten Raum brauchen, in dem sie sich auf d**as Wesentliche konzentrieren können** – auf das Lernen, das Miteinander und ihre persönliche Entwicklung. Handys stören diesen Raum. Sie lenken ab, sie bergen Risiken wie Cybermobbing oder Cybergrooming und sie erzeugen digitalen Stress.
Auch wenn unser Gesetzentwurf für ein Handyverbot bis zur 10. Klasse in diesem Plenum nicht aufgerufen wurde, bleibt das Thema aktuell – und dringend. Der Antrag liegt seit Juni vor. **Die Landesregierung ignoriert ihn.** Es gibt keine Bewegung, keine ernsthafte Auseinandersetzung, kein Verantwortungsbewusstsein für die Realität an unseren Schulen.

Medienkompetenz stärken

Gastbeitrag



Von Birgit Butter

- Vorsitzende des Ausschusses zur Kontrolle für besondere polizeiliche Datenerhebung
- Stellv. Vorsitzende für Inneres und Sport

- seit 2022 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Frauen in Angst haben keine Zeit für rot-grüne Verzögerung

Im Oktoberplenum sorgte eine überraschende Äußerung der Grünen im Landtag für Aufsehen: Auf Druck der CDU und entgegen bisheriger Planungen wolle Rot-Grün die Regelungen zur elektronischen Aufenthaltsüberwachung (EAÜ) – besser bekannt als elektronische Fußfessel – nun doch aus der umfassenden Polizeirechtsreform (NPOG – Niedersächsisches Polizei- und Ordnungsbehördengesetz) herauslösen und vorziehen. Im Innenausschuss bekräftigte Rot-Grün diese Kehrtwende und versprach eine zeitige Umsetzung.

Vollbremsung nur zwei Wochen später: Rot-Grün ist doch nicht bereit, die Regelungen zur elektronischen Fußfessel vorzuziehen! Innenministerin Behrens (SPD) ist nicht daran gelegen, die Regelung zum Schutz der Frauen vor häuslicher Gewalt schneller zu regeln.
Butter: „Wir verlieren durch die Verzögerung von Innenministerin Behrens kostbare Zeit! Im Kampf gegen häusliche Gewalt brauchen wir in Niedersachsen schnell eine gesetzliche Grundlage für die elektronische Fußfessel. Das sind wir den zahlreichen Opfern – vor allem Frauen und Kindern – schuldig. Bereits seit Januar liegt unser CDU-Gesetzentwurf auf dem Tisch und wir – und vor allem die Opfer häuslicher Gewalt – warten auf ein Handeln der Landesregierung. Jeder Tag zählt! Frauen in Angst haben keine Zeit für rot-grüne Verzögerung – wir brauchen die elektronische Fußfessel jetzt!“

Die Dringlichkeit ist offensichtlich: Niedersachsen ist trauriger Spitzenreiter bei Fällen häuslicher Gewalt. Im Jahr 2024 stieg die Zahl der registrierten Opfer um 12,3 Prozent auf 30.209 Betroffene – das bedeutet 83 Frauen jeden einzelnen Tag.

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo

CDU
ANNA BAUSENEICK MDL

#ABimLandtag

Für Lüneburg, Ostheide und Adendorf

Plenumsausgabe 9 | Dezember 2025



Moin,

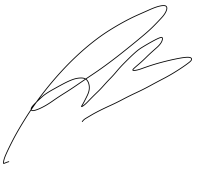


Weihnachten schenkt uns ein Licht, das stärker ist als jede Dunkelheit.
Ein Kind, das Hoffnung für uns alle bringt.

„Das Licht leuchtet in der Finsternis, und die Finsternis hat es nicht erfasst.“ (Johannes 1,5)

Gerade in schweren Zeiten braucht es Orte, an denen dieses Licht spürbar wird.
Deshalb geht meine diesjährige Spende an das
Kinder- und Jugendhospiz Löwenherz in Lüneburg.
Dort finden Kinder und ihre Familien ein Licht, welches sie begleitet.
Ich wünsche ein gesegnetes Weihnachtsfest.
Mit Zeit für das, was zählt.

Ich wünsche Ihnen ein gesegnetes Weihnachtsfest und viel Freude beim Lesen des letzten Plenums-Newsletters für dieses Jahr.



Anna Bauseneick MdL

Wenn Sie auch das Hospiz Löwenherz in Lüneburg unterstützen möchte, können sie mit dem Spendezwecke "Löwenherz Lüneburg" unter diesem Link spenden:

Spenden an Löwenherz

Das war im Plenum los

Haushalt 2026

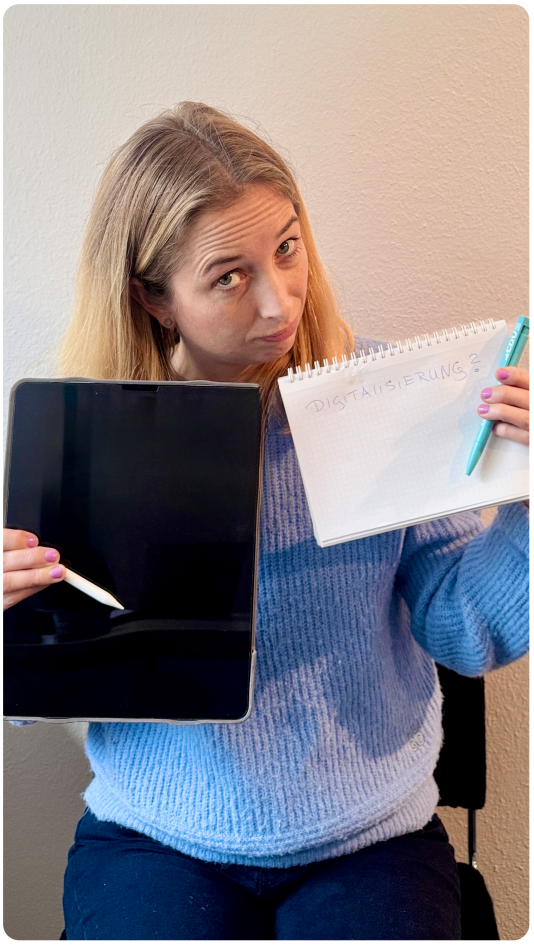


Der niedersächsische Landtag hat den Haushalt für 2026 beschlossen. Doch statt Klarheit zu schaffen, wirft er neue Fragen auf. Der Entwurf bleibt vage, ohne klare Richtung. Die Landesregierung bildet Rücklagen und nimmt neue Kredite auf. Gleichzeitig fehlen Investitionen dort, wo sie dringend gebraucht werden – in unseren Städten und Gemeinden, in Schulen und bei der Polizei. Gerade in der Bildungspolitik zeigt sich, wie wenig durchdacht vieles ist. Es ist von großen Summen für digitale Ausstattung die Rede, doch weder ein pädagogisches Konzept noch eine tragfähige Finanzierung liegen vor. Unsere Schulen brauchen keine luftigen Ankündigungen – sie brauchen Verlässlichkeit und Handlungsspielräume vor Ort.
Deshalb hat die CDU-Fraktion einen eigenen Haushaltsantrag vorgelegt. Unsere Vorschläge setzen klare Prioritäten:

- Ein „Pakt für starke Kommunen“: Über 800 Millionen Euro Entlastung – direkt vor Ort, verbunden mit weniger Bürokratie und mehr Handlungsspielraum für Städte und Gemeinden.
- Ein „Bildungspaket für Kita & Schule“: 70 Millionen Euro für Sprachförderung, Schulsozialarbeit und die Ausbildung unserer Erzieherinnen und Erzieher.
- Eine „Sicherheitsoffensive 2026“: 500 zusätzliche Polizeianwärterinnen und -anwärter für mehr Präsenz auf unseren Straßen.
- Und ein starkes Gesundheitspaket: 100 zusätzliche Studienplätze in der Medizin und 80 Millionen Euro für ein krisenfestes Gesundheitswesen.

Haushaltsrede vom Fraktionsvorsitzenden Sebastian Lechner

Was ist für den Kultusbereich im Haushalt 2026 vorgesehen?



Als CDU-Fraktion haben wir einen klaren Vorschlag. Schulen sollen ein eigenes Digitalbudget erhalten. So können sie vor Ort selbst entscheiden, was wirklich gebraucht wird – ob Tablets, WLAN, Access Points oder moderne Infrastruktur. Zudem wollen wir deutlich mehr in Schulsozialarbeit investieren, denn an vielen Schulen ist die Lage längst ernst, und sie brauchen mehr personelle Unterstützung.
Doch Rot-Grün bleibt unkonkret. Es gibt eine dualisierte Ausbildung für Quereinsteiger, aber keine passenden Wege für junge Menschen mit Realschulabschluss, die Erzieherin oder Erzieher werden wollen.

Die Sprachförderung beginnt oft zu spät. Viele Kinder kommen in die Schule, ohne ausreichend Deutsch zu sprechen, weil verbindliche Tests und gezielte

Förderung fehlen.
Auch beim Ganztag fehlt der Plan. Die Landesregierung macht Versprechungen, lässt aber die Kommunen mit der Umsetzung allein. Die Unterrichtsversorgung stagniert seit Monaten, und der Quereinstieg in den Lehrerberuf ist kompliziert. Statt pensionierten Lehrkräften die Rückkehr an die Schule attraktiv zu machen, müssen sie teilweise sogar noch ihr Abiturzeugnis vorlegen.
Statt Probleme zu lösen, setzt die Landesregierung auf Symbolpolitik. Der Ministerpräsident tourt durchs Land und verteilt Plaketten. Auch kündigt er Tablets für 800 Millionen Euro an – da sagen wir als CDU: Ja, aber sinnvoll und durchdacht mit einem pädagogischem Konzept, einer Digitalstrategie und wenn die dringendsten finanziellen Lücken an unseren Schulen geschlossen wurden. Es fehlt an elementarer, personeller und struktureller Ausstattung.

Kinder und Jugendliche in Alltagskompetenz stärken



Immer mehr junge Menschen haben Probleme damit, ihren Alltag zu bewältigen: Aktuelle Studien zeigen, dass mittlerweile jeder Fünfte junge Mensch in Deutschland Schulden angehäuft hat. Rund 15% der 11- bis 17-jährigen leiden unter Übergewicht oder starkem Übergewicht. Und fast jedem dritten Jugendlichen wird eine problematische Internetnutzung zugeschrieben.
Der bisherige Ansatz der rot-grünen Landesregierung, Alltagskompetenzen in der Schule zu fördern, geht ins Leere und bedarf einer Kursänderung. Als CDU-Landtagsfraktion fordern wir daher: Alltagskompetenzen müssen besser in den Unterricht integriert werden – frühzeitig, praxisnah und für alle Kinder und Jugendlichen. Schulische Bildungsangebote zur Förderung der Alltagskompetenzen müssen ausgebaut werden.
Als CDU finden wir, dass der Umgang mit Finanzen und Verträgen, wichtige Tipps zu einer ausgewogenen und gesunden Ernährung, eine adäquate Nutzung von Medien und vieles Weitere zu einem modernen Unterricht dazu gehört. Denn er soll junge Menschen aufs Leben vorbereiten. Daher schlagen wir neben der systematischen Einarbeitung von Alltagskompetenzen in die

Curricula auch verschiedene Projekte, Wettbewerbe sowie individuell belegbare Angebote wie Wahlfächer und Projektwochen vor, die sich mit Alltagsthemen beschäftigen.

Alltagskompetenzen stärken

Politikunterricht auf der Kippe – was bedeutet das für unsere Demokratie?



Die geplante Reform der gymnasialen Oberstufe sorgt derzeit für große Verunsicherung – bei Eltern, Lehrkräften und uns in der CDU-Landtagsfraktion. Was auf den ersten Blick wie eine bloße Umstrukturierung des Schulalltags wirkt, könnte in der Praxis gravierende Folgen haben.
Nach aktuellen Plänen der Landesregierung könnten zentrale Fächer wie Politik-Wirtschaft aus der Oberstufe verschwinden. Damit wäre ein Abitur möglich – ohne Politikunterricht. Für uns als CDU ist das ein fatales Signal. In Zeiten wachsender Unsicherheiten und demokratischer Herausforderungen braucht es mehr politische Bildung, nicht weniger. Junge Menschen sollen lernen, wie Demokratie funktioniert, wo sie mitreden können – und warum ihre Stimme zählt.
Ebenso kritisch sehen wir, dass die zweite und dritte Fremdsprache an Bedeutung verlieren könnten. Wer künftig Französisch, Spanisch oder Latein lernen will, steht möglicherweise ohne Angebot da – und damit auch ohne Zugang zu Sprachzertifikaten und wichtigen Studienmöglichkeiten. Wir sagen: Sprache ist mehr als Unterrichtsstoff. Sie ist ein Schlüssel zur Welt.

Update: Hebammenhilfvertrag

Hebammen unter Druck – CDU fordert klare Unterstützung vom Land
Der neue Hebammenhilfevertrag setzt viele Beleghebammen unter finanziellen Druck – besonders in kleineren Kliniken, gerade bei uns in der Fläche. Nach unserer Dringlichen Anfrage im November haben wir als CDU das Thema erneut in der Aktuellen Stunde eingebracht. Es darf nicht sein, dass ausgerechnet in diesem sensiblen Bereich immer mehr Unsicherheit entsteht
Denn wenn Hebammen nicht mehr wissen, wie sie wirtschaftlich über die Runden kommen sollen, geht es nicht nur um Verträge. Die Rückmeldungen aus Kliniken zeigen, dass Teams sich auflösen, Kündigungen sich häufen und Standorte unter Druck geraten.
Die Landesregierung verweist auf Zuständigkeiten, aber als CDU sagen wir: Krankenhausplanung ist Aufgabe des Landes. Und Beleghebammen, die heute aussteigen, kommen oft nicht zurück. Diese Lücken können wir kaum noch schließen.
Deshalb fordern wir als CDU Handlungen seitens der Landesregierung.
Hebammen verdienen klare Unterstützung, damit die Geburtshilfe in Niedersachsen verlässlich bleibt.

Gastbeitrag



Von Ulf Thiele

- Finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion
- Stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion
- seit 2003 Mitglied des Niedersächsischen Landtages

Landeshaushalt 2026: CDU streitet für starke Kommunen, für mehr Polizisten und Ärzte und gegen die rot-grüne Schuldenmaximierung. Thiele: „Das Land muss Schutzpatron der Kommunen sein, nicht ihr Insolvenzverwalter.“
Hannover. In dieser Woche waren die Haushaltsberatungen im Niedersächsischen Landtag. Mit unserem Haushaltsantrag für 2026 haben wir als CDU-Landtagsfraktion klare Prioritäten gesetzt: für starke Kommunen, für mehr Sicherheit durch zusätzliche Polizisten und Medizinstudenten, für bessere Bildung und für gezielte Investitionen in Infrastruktur, Wirtschaft und Gesundheit. Rot-Grün setzt vor allem eine Priorität: Maximale Neuverschuldung.

Ein Kernstück unseres CDU-Antrags war der **„Pakt für starke Kommunen“**. Insgesamt wollten wir die Städte, Gemeinden und Landkreise um mehr als 800 Millionen Euro zusätzlich entlasten. Denn während das Land auf hohen Rücklagen sitzt, rutschen Städte und Landkreise immer tiefer ins Defizit. Wir wollten das ändern. Das Land muss Schutzpatron seiner Kommunen sein und nicht ihr Insolvenzverwalter. Wir haben vorgeschlagen, dass das Land seine Sicherheitsreserven streicht, die Rot-Grün im Landeshaushalt anhäuft. Die Unterstützung der Kommunen muss jetzt Vorrang vor den Sicherheitsnetzen und doppelten Böden im Landeshaushalt haben.

Zugleich wollen wir als CDU den **„Förderdschungel“ lichten** und Förderrichtlinien abbauen, um mit dem Geld die finanziellen Spielräume der Städte, Gemeinden und Landkreise zu vergrößern. Das Förderwirrwarr überfordert die Kommunen und die Landesverwaltung gleichermaßen. Der Förderirrsinn muss beendet werden.

Außerdem haben wir weitere gezielte Maßnahmen zugunsten der Kommunen in Höhe von über 65 Mio. Euro beantragt. Für die konsequente Dualisierung der Erzieherausbildung. Für Sprachbildung und Sprachförderung in den Kitas. Für den Zivil- und Katastrophenschutz. Und für die kommunalen Theater. Es geht uns darum, die **Funktionsfähigkeit der Demokratie** vor Ort zu **stärken**. Die Räte und Kreistage sind der Ort, an dem Bürgerinnen und Bürger unmittelbar erleben, ob staatliches Handeln und das Gemeinwesen noch funktionierten.

Leider haben SPD und Grüne als dies abgelehnt. Sie schonen leider lieber die Reserven der rot-grünen Landesregierung, als unsere Kommunen zu entlasten.

Neben dem Pakt für Kommunen haben wir als CDU ein **„Bildungspaket Kita & Schule“** im Umfang von 70 Millionen Euro beantragt. Es konzentriert sich auf Sprachförderung, Schulsozialarbeit und die Modernisierung der Erzieherausbildung. Rot-Grün hat das abgelehnt!

Und mit ihrer **„Sicherheitsoffensive 2026“** hat die CDU in ihrem Haushaltsantrag einen klaren Gegenentwurf zur rot-grünen Innenpolitik gesetzt. Wir wollten 500 zusätzliche Polizeianwärterstellen, um mehr Präsenz und Sicherheit in Städten und Gemeinden zu schaffen. Rot-Grün hat auch das abgelehnt!

Unsere **Straßen, Brücken und Häfen sind die Schlagadern der Wirtschaft**. Wir haben daher beantragt, mehr in die Infrastruktur zu investieren, die unseren Wohlstand sichert.

Ein weiterer Schwerpunkt unseres Haushaltsantrages lag auf den **Ausbau der Medizinerausbildung** mit 100 zusätzlichen Studienplätzen und auf einem Investitionspaket von 80 Millionen Euro für ein **krisenfestes Gesundheitswesen**. Krisenvorsorge ist keine freiwillige Aufgabe, sondern eine Pflicht des Staates. Wir wollen, dass unsere Krankenhäuser im Ernstfall 72 Stunden autark arbeiten können. Rot-Grün hat das ebenfalls abgelehnt!

Rot-Grün finanziert den Haushalt in nie gekanntem Umfang durch zusätzliche Schulden. Sie nutzt alle Möglichkeiten zur Kreditaufnahme maximal aus. Wir finden hingegen: Die **Nutzung der Rücklage muss vor Kreditaufnahme**

gehen. Wer jetzt neue Schulden macht, obwohl ausreichend Rücklagen vorhanden sind, handelt verantwortungslos gegenüber den Steuerzahlern und kommenden Generationen. Stattdessen braucht Niedersachsen jetzt mehr **Haushaltsdisziplin und eine durchgreifende Staatsmodernisierung**. Eine konsequente Aufgabenkritik, einfachere Verfahren und eine echte Staats- und Verwaltungsmodernisierung sind notwendig. Die Staatsquote muss runter und nicht kreditfinanziert immer weiter rauf. Sparsame Haushaltsführung ist zwar der schwerere, aber klügere Weg, um Niedersachsen aus der aktuellen Schieflage wieder auf Wohlstandskurs zu bringen. Rot-Grün will diesen Weg nicht gehen. Sie haben auch dies abgelehnt!
Das ist auch deshalb bedauerlich, weil die CDU-Fraktion mit unserem Haushaltsantrag für 2026 gezeigt hat, wie Kredite vermieden und gleichzeitig Wirtschaft und Kommunen deutlich gestärkt werden können. **Ein besserer Landeshaushalt wäre machbar.**

Mehr zu Ulf Thiele

So erreichen Sie mich

Ich möchte Sie herzlich auf das Angebot des Plenarbesuches hinweisen. Falls Sie Interesse an einem Besuch während des Plenums und einem persönlichen Gespräch mit mir haben, melden Sie sich gern unter: info@anna-bauseneick.de

Anna Bauseneick MdL
Stadtkoppel 16, 21337 Lüneburg

This email was sent to {{ contact.EMAIL }}
You've received this email because you've subscribed to our newsletter.

Abbestellen

Versendet mit Brevo